PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 6. Juni 1914. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Bauschwindel.

Das Gesetz zum Schutze der Bauhandwerker, das am 1. Juni 1909 erlassen worden ist, enthält zwei Teile. Der erste Teil ist bereits seit langem in Kraft. Seine wesentlichste Errungenschaft war die Bestimmung, daß die Baugelder endlich auch zum Zwecke des Bauens verwandt werden mußten. Der zweite Teil des Gesetzes, der viel umfangreicher war, und die Möglichkeit für die Eintragung der Forderungen von Bauhandwerkern bietet, ist nicht mit der Publikation in Kraft getreten, sondern es ist der landesherrlichen Verordnung überlassen, wann die besonderen Maßnahmen zum Schutze der Bauhandwerker in den einzelnen Gemeinden zur Tat werden sollen. Das Preußische Statistische Amt hat nun durch einen seiner Regierungräte im Auftrage des preußischen Handelsministers eine Denkschrift ausarbeiten lassen, die den Häusern des Landtages vorgelegt ist, um den Abgeordneten und den Herrenhausmitgliedern einen Ueberblick darüber zu geben, ob vor der Hand die Einführung dieses zweiten Teiles des Bauhandwerkerschutzes schon notwendig geworden ist. Diese Denkschrift behandelt die Verluste der Bauhandwerker und Baulieferanten in Groß-Berlin während der Jahre 1909 bis 1911. Nach den dort veröffentlichten Tabellen sind in jener Zeit in Groß-Berlin 6962 Gebäude errichtet worden. Und davon sind an 2818 Gebäuden gleich 40½ % der Gesamtbauten Verluste in Höhe von etwa 20½ Mill. ℳ entstanden. Diese Millionen stellen etwas über 41 % der Forderungen, die zur Anmeldung gelangt waren, dar. Für den, der die Verhältnisse kennt, ist es nicht verwunderlich, daß die Verluste zum allergrößten Teil und im größten Höhenverhältnis auf Wohnhäuser mit zwei oder mehr Geschossen entfallen. Denn diese Wohnhäuser bilden ja den Gewerbegegenstand des Bauunternehmertums. Die Verluste betreffen sämtliche Kategorien von Bauhandwerkern und Bauarbeitern.

Diese Verluste sind meines Erachtens enorm. Man könnte schon die Summe von 20½ Millionen sehr hoch finden, allein was diese Zahl besagt, wird doch erst klar, wenn man sich ins Gedächtnis zurückruft, daß es sich hier um ausgefallene Forderungen handelt, die sich auf rund 2800 Bauten verteilen. Wenn man für die Jahre 1909 bis 1911 das arithmetische Mittel errechnet, so ergibt sich also, daß in jedem Jahr rund 900 Häuser notleidend geworden sind. Und die wahre Bedeutung dieser Zahl erkennt man erst dann, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese erhebliche Zahl von Ausfällen erlitten worden ist, nach dem Inkrafttreten — wenigstens zum allergrößten Teil — des ersten Teiles des Gesetzes zum Schutze der Bauhandwerker. Die Denkschrift scheidet die Klasse der Bauschwindler in zwei Teile. Die einen sind die Bauunternehmer, die das Geld, das ihnen zum Bauen gegeben worden ist, einfach in ihre Tasche gesteckt oder damit anderswo entstandene Löcher zugestopft haben. Die anderen sind die Baugeldgeber, die vermögenslose Bauunternehmer ausnutzen und darauf spekulieren, aus deren Zusammenbruch die mehr oder weniger fertiggebauten Häuser billig an sich zu bringen. Die Bauschwindler der ersten Kategorie sind ja durch den ersten Teil des Gesetzes vollkommen — oder doch wenigstens so gut wie vollkommen — ausgemerzt. Es ist also zweifellos die Möglichkeit des Bauschwindels vermindert worden. Und trotzdem noch diese enormen Verluste! Man könnte beinahe annehmen, daß das Inkrafttreten von nur einem Teil des Gesetzes mehr geschadet als genützt hat, und daß viel-

leicht die Bauhandwerker, welche den Segnungen des Gesetzes zu sehr trauten, der zweiten Kategorie von Bauschwindlern leichter ins Garn gegangen sind als früher. Aber das ist tatsächlich nicht der Fall gewesen: der Bauschwindel ist überhaupt zurückgegangen. Das konstatiert meines Erachtens durchaus begründet die Denkschrift, indem sie feststellt, daß bei 4600 Miethäusern, die notleidend wurden, die Verluste der Handwerker nicht mehr als 5% betragen haben. Es kann also hier kaum Bauschwindel als vorliegend erachtet werden, so daß nur bei 285 Häusern, also bei rund 11% sämtlicher notleidender Bauten, von Bauschwindel gesprochen werden kann. Die Denkschrift stellt denn auch fest, daß der Bauschwindel heute durchaus nicht mehr überwiegend an den Verlusten der Bauhandwerker beteiligt ist. Vielmehr sieht sie den Hauptgrund darin, daß Unternehmer mit viel zu geringem eigenen Vermögen bauen. Das Vermögen der Bauunternehmer im Verhältnis zum Bauobjekt wird allerdings nach den Angaben der Denkschrift — und das ist außerordentlich interessant — oft dadurch besonders verschlechtert, daß die Zwischengewinne von Spekulanten die Grundstückspreise bis die Terrains an den Bauunternehmer gelangen, erheblich steigern. Für einzelne Orte von Groß-Berlin haben die Untersuchungen eine Verteuerung durch die Zwischengewinne um bis zu 100% ergeben! Das ist eine volkswirtschaftlich höchst interessante Feststellung, die von den Verfechtern der Bodenspekulation in Zukunft wohl wird berücksichtigt werden müssen. Man muß — ich schalte hier einmal die grundsätzliche Frage nach der Berechtigung der privaten Bodenspekulation vollkommen aus — bei der Beurteilung der Bodenspekulation zwei Arten streng voneinander unterscheiden. Auf der einen Seite steht der initiativreiche Grundstücksspekulant oder die Terraingesellschaft, die Terrains erwerben, sie liegen lassen, um sie bei günstiger Konjunktur zu verkaufen. Wie auch immer man theoretisch zu ihnen stehen mag, praktisch haben sie zweifellos durch ihre Parzellierungen, Straßenlegungen und ihre großzügigen (natürlich nur ihrem Geschäftsinteresse dienenden) Schenkungen die Erschließung städtischen Baulandes und damit die Entwickelung der Städte überhaupt gefördert. Aber dasselbe kann nicht die Schar der gewerbsmäßigen Spekulanten für sich in Anspruch nehmen, die in ihrer wirtschaftlichen Stellung etwa den Tagesspekulanten an der Börse entsprechen. Aber mit dem wichtigen Unterschiede, daß der Börsenspekulant der Preisausgleichung letzten Endes, wenn auch ohne seinen Willen und sein Bewußtsein, nützt, während der Tagesspekulant auf dem städtischen Bodenmarkt immer schaden muß. Diese Leute, die sich von Privatleuten oder von Terraingesellschaften notarielle Offerten machen lassen und unter denen dann dieselbe notarielle Offerte drei- oder viermal weitergehandelt wird, stiften den Krebsschaden des Baugewerbes. Sie verteuern dem Bauunternehmer den Grund und Boden so, daß schließlich der für normale Preise mit Geldmitteln versehene Bauunternehmer an ihren abnormen Preisen scheitern muß. Es kommt natürlich noch hinzu, daß sie in bezug auf die Personen an die sie die Grundstücke veräußern, wenig wählerisch sind.

An einer anderen Stelle der Denkschrift und in einem anderen Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß eine Verteuerung des Baugrundes um etwa 50% noch garnicht besonders schlimm ist, weil dadurch die Baukosten ja nur um etwa 7—10% erhöht würden. Aber diese 7—10% sind es ja gerade nach den statistischen Ausweisen, die den Bauhandwerkern bei den sogenannten schwindelfreien Bauten verloren gehen. Und man weiß nun sehr klar, woher diese Verluste kommen! Allein wir wollen nicht vertuschen, daß die grundsätzliche Konstatierung der Denkschrift über die verhängnisvolle Bedeutung der zu geringen Vermögen der Bauunternehmer durchaus ins Schwarze trifft. Denn man darf ja die Schädigungen auf dem Baumarkt nicht nur allein danach bemessen, was die Bauhandwerker verlieren. Wie geringfügig das Vermögen der meisten Bauunternehmer und auch sehr vieler, ja viel zu vieler Hausbesitzer ist, ergibt sich ja erst nach der Fertigstellung des Baues. Die Hingabe der zweiten Hypotheken erfolgt ja nicht wie die der ersten auf zehn Jahre regulär, sondern in der Regel auf fünf Jahre, in schwierigen Zeiten sogar auf kürzere Termine. Der Bauunternehmer, der sein Haus nicht los wird, oder der erste Erwerber sieht sich also schon nach sehr kurzer Zeit der Notwendigkeit gegenüber, das Grundstück neu zu finanzieren. Ein ganz erheblicher Teil dieser Leute kommt also bereits dann in Schwierigkeiten, wenn auch nur kleine Beträge zweiter oder gar dritter Hypotheken zu übernehmen sind. Ganz zu schweigen davon, daß der Bauunternehmer, der in eine einigermaßen schwierige Finanzperiode hineinkommt, meist nicht das Geld der zweiten Hypothek auch nur für einige Zeit aus eigenen Mitteln aufbringen kann. Wir kommen also über die unleugbare Tatsache nicht hinweg, daß letzten Endes die Unsolidität im Baugewerbe durch den kleinen Unternehmer hineingetragen wird. Das geht auch mit vollster Deutlichkeit aus den Feststellungen der Denkschrift hervor.

Solange wie Kleinunternehmer bauen, werden die Bauhandwerker immer Verluste erleiden, ausgenommen von den kurzen Zeiten glänzender Geldverhältnisse. Da sollte man

nun meinen, daß sich nichts besser empfehle, als zum Schutze der Bauhandwerker auf alle Fälle den zweiten Teil des Gesetzes zum Schutze der Bauhandwerker einzuführen. Wenn nun dem gegenüber die Hypothekenbanken erklären, sie könnten da, wo Bauvermerke eingetragen sind, in Zukunft keine ersten Hypotheken und womöglich auch keine Baugelder mehr geben, so nehme ich diesen Einwand nicht sehr tragisch. Der Erfolg würde vielmehr der sein, daß die Hypothekenbanken sich mehr um die Verwendung der Baugelder kümmern werden. Aber es gibt nach dem Bauhandwerkerschutzgesetz ja ein sehr wirksames Mittel, die Eintragung von Bauvermerken und Bauhandwerkerforderungen abzuwenden. Der Bauunternehmer braucht nur in Geld oder Wertpapieren einen bestimmten Betrag der Baukosten zu hinterlegen. Es ginge also durchaus an, die Bedenken der Hypothekenbanken zu beseitigen und andererseits die Bauhandwerker doch durch Hinterlegung zu sichern. Aber nun kommt der große Knick in der Denkschrift: Man fühlt deutlich die Sympathie unserer maßgebenden Kreise mit dem kleinen Bauunternehmertum. Wenn eingewandt wird, daß durch die Hinterlegung erhebliche Summen dem Verkehr entzogen werden können, so ist das ein ganz hinfälliger Einwand. Denn es wird ja niemand so töricht sein, bares Geld zu hinterlegen, sondern man wird Effekten deponieren, die dem Verkehr genau ebenso entzogen sind, wenn sie auf der Bank liegen. Der wahre Grund für die Abneigung gegen diese Modalität ist eben der, daß nur kapitalkräftige und kreditfähige Leute in Zukunft würden bauen können. Der kleine Bauunternehmer wäre dann tatsächlich ausgeschaltet. Nun lautet ja die ganze Parole unserer Politik: Schutz dem Mittelstand und besonders dem kleinen Gewerbeunternehmer. Ich halte diesen Schutz sans phrase für eine Utopie, denn man kann eben den Kleinunternehmer nicht da schützen, wo seine Existenz nicht mehr möglich ist. Aber dieser Sport der politischen Versicherung gegen das Sterben kleiner Existenzen ist ja im allgemeinen harmlos. Er kostet uns Geld, aber schließlich müssen wir für soviel Unsinn Geld bezahlen, daß ein bischen mehr oder weniger schon gar keine Rolle mehr spielt. Allein die kleinen Existenzen im Bauunternehmertum schützen zu wollen, ist überaus gefährlich für das Gemeinwohl. Nicht bloß, daß der Handwerker, der ja geschützt werden soll, ständig neuen Gefahren durch das kleine Unternehmertum ausgesetzt wird: die Rückwirkungen auf die Allgemeinheit sind viel erheblicher. Solange wie planmäßig von kleinen Unternehmern gebaut wird, werden wir niemals die Ueberproduktion los werden. Nun würde die Ueberproduktion von Wohnungen an sich ja vielleicht etwas ganz Wertvolles sein, wenn dadurch die Wohnungpreise gedrückt würden. Aber das ist ja nicht der Fall. Der kleine Unternehmer und der kleine Hausbesitzer können nicht mit den Preisen heruntergehen. Denn dann geht bei ihren großen Hypothekenlasten sofort ihr Ueberschuß in die Brüche. Es kommt aber weiter hinzu, daß die Ueberproduktion ja nur auf dem Papier vorhanden ist. Die Mehrzahl der leerstehenden Wohnungen sind verlassen worden, weil sie der fortschreitenden Mode nicht mehr entsprechen. Die kleinen Unternehmer haben natürlich nicht das Geld, ihre Häuser umbauen und modernisieren zu lassen. Infolgedessen wirkt ihr Wohnungbesitz nicht drückend auf die Preise, sondern vermehrend auf die Statistik. Dagegen riskiert jeder Hypothekengeber, auf den hinteren Stellen sein Vermögen zu verlieren, wenn die Häuser zur Subhastation kommen. Man kann also nicht sagen, daß man den kleinen Unternehmer braucht, weil sonst zu wenig gebaut und der Preis der Wohnungen zu teuer werden würde.

Der kleine Unternehmer dient nur dazu, die Nachfrage nach dem Grund und Boden zu erhöhen. Und diese Markterweiterung für den Grund und Boden hat naturgemäß eine ungesunde Steigerung des Grund und Bodens zur Folge und treibt dadurch indirekt natürlich auch die Wohnungpreise in die Höhe oder erhöht die Verlustgefahr für alle Schichten der Geldgeber bei Subhastationen. Eine Gesundung unserer städtischen Wohnverhältnisse kann nur eintreten, wenn man den kleinen Bauunternehmer ausschaltet. Je kapitalkräftiger der Bauherr ist, um so besser. Es handelt sich, wie die Dinge in Berlin und anderen Großstädten nun einmal liegen, ja gar nicht mehr darum, zu verhindern, daß der Besitz im Umkreis der Stadt von Kapitalistenkonsortien angekauft wird. Das ist bereits geschehen. Nun sollen diese großen Terraingesellschaften, wie es die Handelsgesellschaft für Grundbesitz bereits mit Erfolg getan hat, selber bauen und möglichst auch selber vermieten, und man soll von Gemeinde wegen andererseits auch dafür sorgen, daß in anderen Stadtteilen auch genügend kleine Wohnungen gebaut werden. Die Gefahr des Großkapitalismus konnte mit Recht zu der Zeit schrecken, als die Gelände um die Großstädte von den Großkapitalisten angekauft wurden. Damals hat man gezögert, etwas Wirksames zu tun. Nun kommt es darauf an, die Lichtseiten des Großkapitalismus, besonders die ihm innewohnende wirtschaftliche Solidität, zu fruktifizieren. Denn auch im Baugeschäft und beim Wohnungvermieten ist der Großbetrieb für den Konsumenten vertrauenswürdiger als die Zwergbetriebe.

Unsere Großbanken.[1)]

II.

Auch in diesem Jahre veröffentliche ich wieder nachstehend die Gegenüberstellung der Durchschnittsziffern aus den veröffentlichten Zwischenbilanzen und der Ziffern der Jahresbilanzen der großen berliner Universalbanken. Dabei hat naturgemäß wieder die Berliner Handelsgesellschaft ausscheiden müssen, weil sie sich noch immer nicht dazu entschlossen hat, Zweimonatsbilanzen zu veröffentlichen oder ihre Jahresbilanz nach dem zwischen den anderen berliner Instituten vereinbarten ausführlichen Schema zu publizieren. Ich stand diesmal nahe vor dem Entschluß, diese Gegenüberstellungen vollkommen zu unterlassen, denn — die nachfolgenden Tabellen beweisen es deutlich — ein wirklicher Nutzen aus dieser mit vielen Arbeiten verknüpften tabellarischen Zusammenstellung ist nicht zu erzielen. Wenn ich trotzdem mich dahin entschieden habe, wieder mit dieser Veröffentlichung hervorzutreten, so geschieht es namentlich deswegen, weil an der Nutzlosigkeit dieser Arbeit nicht etwa die Zweimonatsbilanzen an sich die Schuld tragen, sondern weil wesentliche Schlüsse daraus zu ziehen nur deshalb unmöglich ist, weil nach wie vor die Reichsbank sich nicht hat entschließen können, über die Art, nach der bei den einzelnen Banken die Zweimonatsbilanzen aufgestellt werden, irgend etwas zu publizieren und weil es bei ihr auch nicht möglich war, durchzusetzen, daß die Banken gezwungen werden, auch zum Jahresschluß eine Zweimonatsbilanz zu veröffentlichen. Die Erkenntnis wird immer klarer und allgemeiner, daß zwar die Veröffentlichung der Zweimonatsbilanzen durchaus nicht nutzlos ist, wie vielfach jetzt die Banken behaupten wollen, daß aber die jetzige Art der Publizierung den Nutzen unmöglich stiften kann, den wir aus einer anderen Art der Veröffentlichung ziehen würden. Ich habe auf die wesentlichen Mängel der jetzigen Publizierungmethode im vorigen Jahr bereits ganz ausführlich hingewiesen, und ich möchte einiges davon doch auch heute in der Hoffnung, daß meine Monita nun endlich einmal Erfolg haben werden, wiederholen.

Was zunächst die fehlende Zweimonatsbilanz neben der Jahresbilanz zum Jahresschluß anbetrifft, so ist es ja klar, daß gerade diese für die Oeffentlichkeit das weitestgehende Interesse haben müßte. Denn aus der Gegenüberstellung der Zweimonatsbilanz zum Jahresschluß und der definitiven Jahresbilanz würde es erst möglich sein, wirksame Schlüsse auf die Bilanzierungmethode der Banken zu ziehen. Erst dann würden wir in der Lage sein, uns ein einigermaßen klares Bild davon zu machen, welche Verschönerungarbeiten einerseits die Banken bei der definitiven Gestaltung ihrer Jahresabschlüsse vornehmen, und nach welchen Methoden andererseits wiederum Zweimonatsbilanzen aufgestellt werden.

Aber davon ganz abgesehen, ist die an sich wirtschaftlich durchaus wertvolle Gegenüberstellung der Durchschnitte und der Jahresschlußzahlen immer mangelhaft, so lange wie die letzte Zweimonatsbilanz im Jahre fehlt. Denn berechnet man den Durchschnitt für diese Gegenüberstellung allein aus den vorhandenen fünf Zweimonatsbilanzen, so wird sich zwar meist eine nicht unerhebliche Abweichung gegen das Jahresschlußresultat in den einzelnen Bilanzposten ergeben, aber diesen Unterschied zu werten, ist ganz unmöglich, weil sich unter den fünf veröffentlichten Bilanzen nur eine Quartalsbilanz befindet, und weil deshalb bei den Differenzen nie genau zu sagen sein wird, ob diese Abweichungen auf künstlich herbeigeführte Ursachen oder auf die ja ganz natürliche Abweichung der Bankbilanzen innerhalb des Quartals von denen am Schluß des Quartals bzw. gar am Schluß des Jahres zurückzuführen sind. Nimmt man aber andererseits, um diese Differenz aus der Welt zu schaffen — wie ich es im vorigen Jahre getan habe, und auch diesmal wieder tue —, in die Durchschnittsberechnung die Ziffern der Jahresbilanz mit hinein, so wird dadurch das Bild natürlich gestört, denn diese Jahresschlußbilanz ist keine nach den Regeln der Zweimonatsabschlüsse aufgestellte Bilanz, sondern eine nach ganz besonderen Regeln mit Abschreibungen usw. zusammengestellte.

Aber viel wichtiger erscheint mir doch, daß selbst in Anbetracht der vorhandenen fünf Zweimonatsbilanzen der Statistiker gezwungen ist, mit einem Material zu arbeiten, dessen innere Struktur ihm vollkommen fremd ist. Denn bis auf den heutigen Tag wissen wir mangels jeden Kommentars immer noch nicht, ob diese Zweimonatsbilanzen reine Rohbilanzen sind, die buchmäßig zusammengestellt werden oder ob für diese Bilanzen die Bestände der einzelnen Konten durch eine Inventur festgestellt werden. Wir wissen weiter nicht, wie die erzielten Gewinne verbucht werden. Einzelne namhafte Bilanzkritiker haben sich zwar bereits, sowohl im Laufe dieses, als auch schon im Laufe des vorigen Jahres darauf eingelassen, wichtige Schlüsse auf die Gewinnpolitik der Banken zu ziehen, indem sie die Rubrik „Sonstige Aktiven" einfach als Ueberschuß der Gewinne über die Verluste auffaßten und nunmehr an die Abweichung dieser Bilanzposten von den zum Jahresschluß ausgewiesenen Gewinnposten die kritische Sonde legten. Aber ich halte dieses Verfahren doch für eine sehr riskante Spekulation und möchte mich vorläufig nicht darauf einlassen, ihnen zu folgen. Denn selbst wenn man annimmt, daß dieser Aktivposten die erzielten Gewinne enthält, so wissen wir ja doch vorläufig gar nicht, ob es sich da lediglich um die Gewinne aus Zinsen und Provisionen handelt, die im Laufe des Jahres verbucht worden sind, oder ob nun auch die durch die Inventuren, z. B. auf dem Effekten- und auf dem Wechselkonto, ent-

[1)] Vgl. „Plutus", S. 310ff.

standenen Gewinne enthalten sind, weil wir eben ja gar nicht wissen, wie die Bilanzierung in den Zweiſektenkonto usw. zustande gekommen ist. Aber selbst wenn wir z. B. wüßten, daß dieses Aktivkonto lediglich verbuchte Zinsen und Provisionsgewinne enthalte, so würde das noch nicht einmal genügen, um für die später am Jahresschluß ausgewiesenen Zinsen- und Provisionsgewinne irgendwelchen Maßstab zu finden. Denn abgesehen davon, daß, nach den bei den Banken üblichen Kontokorrentmethoden, der größte Teil dieser Verbuchungen erst am Jahresschluß vorgenommen wird, wissen wir doch wieder andererseits, daß ein erheblicher Teil der Zinsen und Provisionsgewinne durch Abbuchungen von dem Effekten- und Konsortialkonto entsteht, die sicher erst am Jahresschluß vorgenommen werden. Möglich, daß die Spekulationen anderer Bilanzkritiker sich durch eine ausführliche Darlegung der üblichen Bilanzierungsmethode als viel berechtigter erweisen werden, als ich es vorläufig annehme. Aber eine kritische Würdigung all dieser Dinge ist eben erst dann möglich, wenn die einzelnen Banken, oder viel besser, die Reichsbank für diese sich dazu versteht, Aufschlüsse über die Bilanzierungmethoden zu geben. Ich bin gewiß nicht dafür, die Banken durch kleinliche Maßnahmen zu schikanieren, und ich bin mir ja auch ganz klar darüber, daß die Banken nicht für die wissenschaftliche Statistik, sondern dazu da sind, Geschäfte zu machen. Aber andererseits ist eine wirksame Kontrolle der Bankpolitik — und diese soll doch schließlich durch die Veröffentlichung der Zweimonatsbilanzen bewirkt werden — nur dann möglich, wenn den Kontrolleuren auch das Verständnis der publizierten Ziffern möglich ist. Deshalb halte ich es im öffentlichen Interesse für dringend notwendig, noch einmal an die Reichsbank den Appell zu richten, für die Veröffentlichung besseren Materials zu sorgen oder zu erklären, welche triftigen Gründe für sie vorliegen, von solchen Maßnahmen Abstand zu nehmen.

* *
*

Schon aus der Tabelle I geht hervor, daß die positiven Zahlen in der Tat sich sehr wenig unterscheiden, gleichgültig, ob man den von mir errechneten Durchschnitt des Jahres oder die Ziffern der Jahresbilanz zugrunde legt. Das gesamte werbende Kapital der Banken, das mit 7637 Mill. am Schluß des Jahres ausgewiesen war, machte im Durchschnitt 7577 Mill. aus. Die fremden Gelder betrugen 4851 gegen 4851 Mill. — waren also ganz unverändert — und nur die Depositen zeigen mit 2254 gegen 2175 Mill. eine ganz geringe Differenz. Freilich zeigt eine genauere Betrachtung gerade dieser Tabelle, daß die Endsummen, die ja natürlich volkswirtschaftlich allein interessieren könnten, privatwirtschaftlich kein sehr wichtiges Bild geben, weil das Bild der einzelnen Banken doch sehr voneinander abweicht. Man braucht nur einmal einen Blick auf die für die Deutsche Bank angegebenen Zahlen zu werfen, um zu erkennen, wie diese vielfach nicht unerheblich die Endsumme beeinflußt haben. Im allgemeinen ist übrigens an dieser Tabelle wie auch im vorigen Jahr schon wieder die Erkenntnis interessant, daß die Depositen ein außerordentlich stabiles Element in der Bankrechnung bilden.

Die Prozentzahlen, die die Tabelle II zur Darstellung bringt, sind rein rechnerisch besonders wertvoll, weil, wie ja aus Tabelle I zu ersehen war, die positiven Zahlen für die Kreditoren gleich geblieben sind. Infolgedessen kann man nicht annehmen, daß die einzelnen Prozentverhältnisse sich dadurch etwa verschoben haben könnten, daß die absoluten Ziffern der Kreditoren selbst eine Vermehrung oder Verminderung erfahren haben, vielmehr kann das Verhältnis nur dadurch geändert sein, daß die Nostroverpflichtungen, die kurzfristigen Verbindlichkeiten oder die Einlagen auf provisionfreier Rechnung sich verändert haben. Allerdings ist die Ausbeute aus dieser Erkenntnis außerordentlich geringfügig, denn was will es besagen, daß das Prozentverhältnis der kurzfristigen Verbindlichkeiten zu den Kreditoren 60,5 am Ende des Jahres 1913, und 58,9 im Durchschnitt beträgt. Und was will es besagen, daß das Verhältnis der Einlagen auf provisionfreier Rechnung zu den Gesamtkreditoren sich auf 46,5% in der Jahresschlußrechnung, und auf 44,8% im Durchschnitt stellt. Das sind in der Tat so geringe Abweichungen, daß daraus irgendwelcher Schluß gar nicht gezogen werden kann. Auch hier ist höchstens wieder eine Vergleichung des Verhältnisses bei den einzelnen Banken von etwas größerem Interesse. Da sind in der Tat einige Ziffern ziemlich auffallend. Zunächst muß erwähnt werden, daß, während bei allen Ban-

Tabelle I.

	Gesamtes werbend. Kapital		Gesamte fremde Gelder (Kreditoren)		Depositen	
	Ende 1913 Mill. M.	Durchschnitt 1913 Mill. M.	Ende 1913 Mill. M.	Durchschnitt 1913 Mill. M.	Ende 1913 Mill. M.	Durchschnitt 1913 Mill. M.
Bank für Handel und Industrie	963,70	944,80	607,68	599,24	230,87	203,65
Commerz- und Disconto-Bank.	497,05	479,76	315,97	302,98	146,09	140,12
Deutsche Bank	2176,62	2215,51	1580,04	1626,02	899,—	883 67
Disconto-Gesellschaft.	1201,65	1146,05	674,02	652,05	304,73	295,88
Dresdner Bank	1500,10	1470,83	958,40	934,84	405,26	379,07
Mitteldeutsche Creditbank. . .	253,65	241,04	130,77	121,07	73,96	58,69
Nationalbank für Deutschland .	415,04	433,66	240,72	259,23	61,21	72,11
Schaaffhausen'scher Bankverein.	629,73	645.85	344.21	356,28	133,21	142,32
	7637,54	7577,50	4851,81	4851,71	2254,33	2175,51

Tabelle II.

	Nostroverpflichtungen in % der Kreditoren		Kurzfristige Verbindlichkeiten in % der Kreditoren [1])		Einlagen auf provisionsfreier Rechnung in % der Kreditoren	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank für Handel und Industrie	—	—	54,2	57,2	37,9	33,9
Commerz- und Disconto-Bank	1,1	3,5	62,2	61,6	46,2	46,2
Deutsche Bank	0,1	0,1	67,9	65,9	56,9	54,4
Disconto-Gesellschaft	—	0,8	60,8	59,8	45,2	45,4
Dresdner Bank	—	1,8	60,7	60,3	42,3	40,5
Mitteldeutsche Creditbank	2,4	6,8	64,6	63,1	56,4	48,5
Nationalbank für Deutschland	2,7	3,9	50,9	43,9	25,4	28,2
Schaaffhausen'scher Bankverein	1,5	3,7	39,4	40,2	38,6	39,9
	0,4	1,07	60,5	58,9	46,5	44,8

[1]) Hierzu sind gerechnet Nostroverpflichtungen, Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen, Einlagen auf provisionsfreier Rechnung sowie sonstige Kreditoren, die innerhalb 7 Tagen fällig sind.

ken die Tendenz besteht, die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Jahresschluß zu erhöhen, die Bank für Handel und Industrie eine kleine Abnahme zeigt, während andererseits wieder die besonders starke Prozentvermehrung der kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Jahresschluß gegenüber dem Durchschnitt bei der Nationalbank für Deutschland auffällig in die Erscheinung tritt. Es ist aber hier in Betracht zu ziehen, daß, sobald man die Verhältnisse der einzelnen Banken ins Auge faßt, hier die oben erwähnte Voraussetzung für die Vergleichung fortfällt. Während nämlich die Kreditoren an und für sich in der Endsumme gleichgeblieben sind, haben sie sich bei den einzelnen Banken verändert, und wenn nun z. B. bei der Nationalbank für Deutschland die Gesamtsumme der Kreditoren in der Jahresschlußbilanz gegenüber dem Jahresdurchschnitt sich ermäßigt hat, so ist es natürlich kein Wunder, daß der Prozentsatz der kurzfristigen Verbindlichkeiten zu den Kreditoren ein höherer wird, wenn man eben annimt, daß der Rückgang zu einem größeren Teil auf länger befristete Forderungen fällt. Man muß hier wieder — das zeigt die außerordentliche Schwierigkeit solcher Vergleiche — außerdem auch noch in Betracht ziehen, daß ein Betrag, der der Bank, sagen wir mal zum Jahresbeginn, auf eine ganze Reihe von Monaten übergeben worden ist, in der ersten Zweimonatsbilanz natürlich als langfristige Schuld bezeichnet werden muß, während diese schließlich einmal sich in eine kurzfristige umwandelt, und dann, wenn sie nicht langfristig erneuert wird, dauernd als kurzfristig bestehen bleibt.

Tabelle III.

	Kasse % der Kreditoren		Guthaben bei Notenbanken % der Kreditoren		Nostroguthaben bei Banken und Bankiers % der Kreditoren		Deutsche Anleihen % der Kreditoren		Floaters [1]) % der Kreditoren		Wechsel [2]) % der Kreditoren		Reports und Lombards % der Kreditoren	
	Ende 1913	Drch.-schnitt 1913	Ende 1913	Drch.-schnitt 1913	Ende 1913	Drch.-schnitt 1913	Ende 1913	Drch.-schnitt 1913	Ende 1913	Drch.-schnitt 1913	Ende 1913	Drch.-schnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank für Handel und Industrie	3,8	2,8	4,1	2,9	8,5	8,7	3,7	3,8	0,7	0,9	30,0	28,5	18,1	17,8
Commerz- und Disconto-Bank	2,6	2,1	2,9	2,3	12,7	9,2	1,6	1,8	0,3	0,4	24,0	24,2	27,2	28,2
Deutsche Bank	5,7	4,3	2,4	1,7	3,8	4,05	8,3	7,6	0,6	0,4	40,4	41,2	14,7	13,4
Disconto-Gesellschaft	5,9	3,6	1,4	0,9	10,5	0,9	2,0	2,3	0,4	0,4	38,2	40,1	15,6	12,4
Dresdner Bank	4,9	2,9	2,2	1,5	6,4	15,6	1,7	1,9	0,7	0,9	39,2	36,3	12,4	13,5
Mitteldeutsche Creditbank	4,0	2,9	2,9	1,9	5,1	6,05	2,7	3,5	1,3	1,07	31,1	32,7	18,9	17,0
Nationalbank für Deutschland	2,6	1,7	3,4	1,8	6,1	7,5	2,3	2,4	0,2	0,2	36,3	30,6	19,4	23,8
Schaaffhausen'scher Bankverein	3,6	2,1	3,6	2,3	5,1	5,07	2,7	2,8	1,4	1,2	32,9	32,4	9,2	11,2
	4,8	3,3	2,6	1,8	6,7	6,4	4,3	4,2	0,6	0,6	37,1	36,1	15,7	15,2

[1]) Unter „Floaters" versteht man die bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbaren Wertpapiere.
[2]) Ohne eigene Akzepte, eigene Ziehungen und Solawechsel der Kunden.

Tabelle III versucht einen Vergleich zwischen den Deckungelementen der fremden Gelder herzustellen. Da zeigt sich nun allerdings ziemlich deutlich, wie die Banken durchweg bestrebt sind, zum Jahresschluß ihre Bilanzen zu verschönern. Bei der Kasse, bei Bankguthaben und bei den Wechseln zeigt sich eben doch das Bestreben, zum Jahresschluß mehr heranzuschaffen. Und wenn diese Differenzen, die in der Tabelle ausgewiesen werden, tatsächlich recht gering sind, so ist doch darauf hinzuweisen, daß diese Differenzen erheblich größer sein würden, wenn ich nicht in die Durchschnittsberechnung die Jahresschlußbilanz mit hineingezogen hätte. Insofern kann man sagen, daß selbst in diesen geringen Differenzen, die hier in die Erscheinung treten, eine bestimmte Tendenz zum Ausdruck kommt. Nicht uninteressant ist eine gemeinsame Betrachtung der beiden Rubriken „Kassa" und „Deutsche Anleihen". Es zeigt sich da nämlich, daß bei den meisten **Banken,** bei denen die natürliche Vermehrung der Mittel am Jahres-

schluß nicht dazu ausreicht, diese beiden sehr liquide aussehenden Posten gleichzeitg zu vermehren, es vorgezogen wird, deutsche Anleihen zu realisieren, um den Kassabestand wenigstens vorübergehend zu erhöhen. Natürlich wird die Kasse zum größten Teil, ebenso wie das Guthaben bei Notenbanken, aus Rediskontierungen von Wechseln insofern gespeist, als gegen Jahresschluß die Banken alles, was sie, ohne ihrer Reputation zu schaden, rediskontieren können — besonders kurzfällige Wechsel —, der Reichsbank zuweisen.

Tabelle IV.

	Verpflichtungen ohne Avale[1]) in % des Aktienkapitals und der Reserven		Summe der in Tabelle III spezialisierten Anlagen in % d. Verpflichtungen	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank f. Handel u. Industrie	403,0	393,2	54,3	52,0
Commerz- u. Disconto-Bk.	403,0	386,4	56,5	54,2
Deutsche Bank	601,8	614,6	63,9	61,4
Disconto-Gesellschaft . .	328,7	309,2	54,0	52,9
Dresdner Bank	477,3	462,1	52,0	48,3
Mitteldeutsche Creditbank	267,4	249,4	47,8	45,9
Nationalbank f. Deutschl.	292,4	310,4	57,8	53,6
Schaaffhausen'scher Bankverein	271,4	263,6	43,9	43,4
	414,5	408,1	55,9	53,7

[1]) Ohne Pensionsfonds.

In der zweiten Spalte der Tabelle IV, wo die Summe der in der Tabelle III spezifizierten Anlagen zusammengefaßt wird, zeigt sich das Bestreben nach Aufbesserung der Jahresbilanz besonders deutlich. Aus derselben Tabelle ist ja auch zu ersehen, daß in der Endsumme die Verpflichtungen im Verhältnis zum Aktienkapital und zu den Reserven immerhin etwas gestiegen sind. Eine Ausnahme macht hier die Nationalbank für Deutschland, was daraus zu erklären ist, daß bei ihr die Verpflichtungen — wenigstens soweit fremde Gelder in

Tabelle V.

	Kurzfristige Depositen (innerh. 7 Tagen fällig) in % der Depositen		Summe der in Tabelle III spezialisierten Anlagen in % der Depositen	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank f. Handel u. Industrie	38,4	39,0	182,2	192,5
Commerz- u. Disconto-Bk.	49 5	47,7	154,8	148,0
Deutsche Bank	69,7	67,1	133,8	133,4
Disconto-Gesellschaft . .	47,4	49 4	163,6	155,6
Dresdner Bank	52,0	52,9	160,0	154,9
Mitteldeutsche Creditbank	53,3	50,1	117,0	134,9
Nationalbank für Deutschl.	60,1	52,5	283,4	245,0
Schaaffhausen'scher Bankverein	21,5	19,8	151,8	143,1
	55,0	54,2	153,7	151,5

Betracht kommen — in der absoluten Ziffer zum Jahresschluß zurückgegangen waren.

Wenn die zweite Spalte der Tabelle V ausweist, daß das Verhältnis der Summe der in Tabelle III spezialisierten relativ liquiden Anlagen zu den Depositen im allgemeinen gestiegen ist, so kann das in Anbetracht dessen, was man bereits zu Tabelle IV erwähnen konnte, nicht wundernehmen. Die sehr starke Zunahme bei der Nationalbank erklärt sich wiederum daraus, daß bei ihr die Depositen einen Rückgang erfahren hatten. Und da die Depositensumme der Nationalbank relativ klein ist, so wächst bei einer Abnahme der Depositen natürlich der Prozentsatz der Deckung auch relativ schneller. Das Verhältnis der kurzfristigen Depositen zu den Depositen überhaupt hat ja, wie Tabelle V anzeigt, in der Endsumme sich nicht sonderlich verändert. Die wesentlichste Veränderung liegt wiederum bei der Nationalbank, wo am Schluß des Jahres das Verhältnis 60 % rund, im Durchschnitt nur rund $52^1/_2$ % betrug.

Daß eine gewisse Verschönerungtendenz für die Jahresschlußbilanzen gegenüber dem Durchschnitt der Jahre vorliegt, zeigt deutlich die Tabelle VI. Diese

Tabelle VI.

	Kurzfristige Gelder (innerhalb von 7 Tagen fällige Kreditoren und Depositen) in % der Kreditoren		Summe der in Tabelle III spezialisierten Anlagen in % der kurzfristigen Gelder		Anlagen in Kasse, Bankguthaben, deutschen Anleihen und Floaters, 1/2 des Kapitals angelegt in Lombards u. 1/3 des Wechselbestandes in % der kurzfristigen Gelder	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank für Handel und Industrie	46,8	45,0	147,7	145,4	86,2	83,5
Commerz- und Disconto-Bank .	50,6	47,7	141,1	143,0	82,6	79,7
Deutsche Bank	59,6	58,9	127,3	123,06	70,2	65,7
Disconto-Gesellschaft	49,7	47,9	148,7	147,7	82,0	78,8
Dresdner Bank	53,1	52,5	127,3	119,7	66,4	60,6
Mitteldeutsche Creditbank . . .	43,3	38,9	151,9	168,3	82,4	90,1
Nationalbank für Deutschland .	38,5	31,9	185,9	213,05	96,4	111,4
Schaaffhausen'scher Bankverein .	30,6	30,5	194,2	187,1	105,7	97,9
	51,2	49,7	139,3	136,1	76,5	72,7

Tabelle gibt zwei verschiedene Arten von Liquiditätberechnungen, indem sie einmal alle gemeinhin als liquid geltenden Anlagesorten in Verbindung steht mit den kurzfristigen Anlagen und außerdem eine ganz strenge Auswahl der liquiden Anlagen noch einmal in Beziehung zu den kurzfristigen Kreditoren setzt. Hier zeigt sich bei fast sämtlichen Banken vielfach eine Aufbesserung in der Jahresbilanz gegenüber dem Durchschnitt. Eine Ausnahme bildet neben der Mitteldeutschen Creditbank die Na-

tionalbank für Deutschland, deren kurzfristige Gelder aber eben sich gerade in der Jahresbilanz vermehrt haben.

Aus der Tabelle VII geht hervor, daß der Akzeptumlauf der Banken im Durchschnitt des Jahres geringer war, als die Jahresbilanz ausweist. Es wird bei einer Reihe von Banken sicher das Bestreben maßgebend gewesen sein, ihre äußere Liquidität in der Weise zu erhöhen, daß gerade zum Jahresschluß etwas mehr mit Akzepten gearbeitet worden ist, um bare Mittel übrig zu behalten.

Tabelle VII.

	Akzepte in Mill. *M.*		Akzepte in % d. Aktienkap.		Akzept. in % des werb. Kap.	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank für Handel und Industrie	164,02	153,56	100,2	96,0	17,0	16,2
Commerz- und Disconto-Bank .	82,08	79,53	97,4	93,5	16,5	16,5
Deutsche Bank	284,08	277,49	142,0	138,7	13,5	12,5
Disconto-Gesellschaft	246,33	212,70	123,1	106,3	20,5	18,5
Dresdner Bank	281,—	274,94	140,5	137,5	18,7	18,7
Mitteldeutsche Creditbank . . .	53,78	51,42	89,6	85,6	21,1	21,3
Nationalbank für Deutschland .	68,32	69,83	75,9	77,5	16,4	16,1
Schaaffhausen'scher Bankverein .	115,62	111,59	79,7	76,9	18,3	17,2
	1295,23	1231,06	113,6	107,9	16,9	16,2

Tabelle VIII bringt Vergleiche der verschiedenen Anlageposten im Verhältnis zu den Gesamtaktiven. Die Resultate, die ich hier gewonnen habe, waren teilweise bereits aus den vorigen Tabellen indirekt ersichtlich. Jedenfalls erbringt diese Tabelle den Beweis dafür, daß Kassa und Guthaben bei Notenbanken bei allen Banken zum Jahresschluß erhöht worden sind. Die Wechselanlage ist im Durchschnitt fast vollkommen gleich geblieben. Dahingegen ist es nicht uninteressant zu beobachten, daß fast überall und gerade bei den größten Instituten die Anlage in Debitoren zum Jahresschluß zurückgegangen ist.

Tabelle VIII.

	Gesamtaktiva in Mill. *M.*		Kasse u. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken in % der Aktiven		Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen in % der Aktiven		Debitoren in % der Aktiven		Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen in % der Aktiven	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank für Handel und Industrie	978,14	956,47	4,9	3,5	18,9	18,9	44,9	46,2	10,1	10,7
Commerz- und Disconto-Bank	507,75	491,24	3,4	2,7	14,9	14,9	39,0	41,4	9,2	9,4
Deutsche Bank	2245,67	2258 48	5,7	4,4	28,5	29,6	28,4	30,4	9,5	9,0
Disconto-Gesellschaft	1238,25	1169,29	4,0	2,5	20,8	22,3	31,6	34,1	7,3	8,03
Dresdner Bank	1538,13	1486,72	4,5	2,8	24,4	22,8	40,5	43,7	6,3	7,1
Mitteldeutsche Creditbank . .	258,72	247,59	3,5	2,4	15,7	15,9	53,1	53,1	9,6	10,3
Nationalbank für Deutschland .	426,—	443,09	3,4	2,1	20,7	17,8	42,2	43,1	16,1	15,6
Schaaffhausen'scher Bankverein	646 18	657,69	3,8	2,4	17,6	17,5	52,5	51,1	11,4	12,6
	7838,84	7710,57	4 6	3,2	22,6	22,7	36,9	39,1	9 ,3	9,4

Dazu weist Tabelle IX aus, daß bei fast allen Banken dieser prozentuale Rückgang der Debitoren im Verhältnis zu den Aktiven darauf zurückzuführen ist, daß sich eben zum Jahresschlusse diesmal bei den meisten Banken auch der absolute Debitorenstand vermindert hat. Wie der relative Rückgang der ungedeckten und die Steigerung der gedeckten Debitoren zu beurteilen ist, vermag ich nicht zu sagen. Wollte man hier etwas Positives behaupten, so wäre man auf ganz haltlose Kombinationen angewiesen.

Tabelle IX.

	Debitoren in Mill. *M.*		Hiervon ungedeckt % der Debitoren		Hiervon gedeckt[1]) % der Debitoren	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank für Handel und Industrie	439,44	442,22	20,1	21,7	79,9	78,3
Commerz- und Disconto-Bank .	197,85	203,43	28,1	27,5	71,9	72,5
Deutsche Bank	638,46	687,81	19,2	21,0	80,8	79,0
Disconto-Gesellschaft	391,29	398,74	25,3	27,6	74,7	72,4
Dresdner Bank	624,87	649,27	27,1	28,1	72,9	71,9
Mitteldeutsche Creditbank . . .	137,61	131,71	19,5	18,8	80,5	80 2
Nationalbank für Deutschland .	180,—	190,77	21,6	27,5	78,4	72,5
Schaaffhausen'scher Bankverein .	339,12	335,87	40,0	40,0	60,0	60,0
	2948,64	3019.82	23,2	26,1	76,8	73,9

[1]) Durch börsengängige Wertpapiere und andere Sicherheiten.

Tabelle X.

	Eigene Wertpapiere Mill. ℳ		Deutsche Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen % der Wertpapiere		Floaters % der Wertpapiere		Börsengängige Wertpapiere % der Wertpapiere		Sonstige Wertpapiere % der Wertpapiere	
	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913	Ende 1913	Durchschnitt 1913
Bank für Handel und Industrie	54,45	55,89	41,5	40,8	9,1	10,1	35,3	34,2	14,6	14,7
Commerz- und Disconto-Bank	28,07	28,10	18,6	19,1	4,1	4,9	61,7	60,2	15,5	16,2
Deutsche Bank	161,20	150,—	81,7	82,1	6,0	4,6	11,1	-12,06	1,1	1,4
Disconto-Gesellschaft	30,12	31,83	45,0	45,3	9,3	8,0	31,3	27,7	14,6	18,9
Dresdner Bank	42,59	51,80	39,5	35,5	15,5	16,2	38,6	41,9	6,4	6,3
Mitteldeutsche Creditbank . .	13,53	14,05	26,6	30,6	12,7	9,3	49,7	48,4	11,0	11,9
Nationalbank für Deutschland .	29,30	28,07	19,2	22,1	1,9	2,2	63,2	59,7	15,5	15,9
Schaaffhausen'scher Bankverein	37,26	43,11	25,4	23,1	13,5	9,8	19,1	19,7	42,1	47,4
	396,52	402,85	52,6	50,7	8,2	7,7	28,4	28,9	10,8	12,7

Tabelle X legt die Zusammenstellung des Wertpapierbestandes der Banken klar. In der Gesamtheit hat der absolute Bestand der eigenen Wertpapiere zum Jahresschluß abgenommen. Gestiegen ist er nur bei der Deutschen Bank. Interessant ist es, daß nur die besseren Wertpapieranlagen eine Steigerung aufweisen. Wenigstens ist das fast überall der Fall, nur nicht bei der Commerz- und Disconto-Bank, der Mitteldeutschen Creditbank und der Nationalbank für Deutschland. Diese selben Banken sind es übrigens auch, die eine Steigerung des Prozentverhältnisses der allgemeinen börsengängigen Wertpapiere aufweisen. G. B.

Revue der Presse.

In der Vossischen Zeitung (31. Mai) wird eine Uebersicht über die mannigfachen

Petroleuminteressen der englischen Regierung

gegeben. Die englische Admiralität verfolgt strikt das Programm, das vor einem Jahre Winston Churchill aufgestellt hat, und das darauf hinausläuft, große Oelreserven für den Kriegsfall anzulegen, und zu diesem Zweck Lieferungverträge mit Gesellschaften abzuschließen, die räumlich möglichst an den verschiedensten Stellen der Erde liegen, so daß der Bezug möglichst sichergestellt, und man von den großen Konzernen völlig unabhängig ist. Zu diesem Zweck hat nunmehr die Regierung maßgebendes Interesse an der Anglo Persian Oil Company genommen, einer 1909 gegründeten, bisher von der Burmah Oil Co. kontrollierten Gesellschaft, die von der persischen Regierung das ausschließliche bis 1961 währende Recht zum Abbau der Petroleumlager im ganzen persischen Reich mit Ausschluß der fünf nördlichen Provinzen erhalten hat und bereits mehrere Petroleumquellen in Betrieb genommen, wie überhaupt gute Aussichten auf eine sehr erhebliche Produktion hat. Die englische Regierung hat nun das bisher 1,9 Mill. £ betragende Kapital der Gesellschaft auf 4 Mill. erhöhen lassen und selbst 2 Mill. £ Stammaktien und 1 Mill. £ 6proz. Vorzugsaktien übernommen, so daß sie nunmehr die Hauptaktionärin der Gesellschaft ist. Sie übernimmt ferner 199 000 £ Obligationen der Gesellschaft und sichert sich eine Option auf weitere Ende 1920 fällig werdende 600 000 £ Obligationen. Im Aufsichtsrat ist sie durch zwei Mitglieder, denen das Vetorecht zusteht, vertreten. Die Einzahlungen der englischen Regierung erfolgen je nach Bedarf derart, daß der Betrieb so ausgebaut werden kann, daß er für die Kriegsmarine den Petroleumbedarf auf die Dauer von 20 Jahren sicherstellt. Die Admiralität erwirbt alljährlich aus den Mitteln des Etats ihr Petroleum. Beachtenswert ist übrigens, daß durch ihre enge Verbindung mit der Persian Oil Co. die englische Regierung nunmehr auch in Konner zu der Burmah Oil Co. tritt, die bedeutende Konzessionen in Birma und Hinter-Indien besitzt. Außerdem hat die Regierung Lieferungkontrakte mit der von der Firma S. Pearson & Son gegründeten Mexikan Eagle Oil Co. abgeschlossen. Die Firma Pearson selbst hat noch weitere Konzessionen in Kolumbien und Ecuador sich gesichert. Die englische Regierung unterstützt ferner natürlich alle Versuche, in Schottland, wo man mit der Möglichkeit von Petroleumvorkommen rechnet, Petroleum zu erbohren. — Die Frankfurter Zeitung (28. Mai) muß wieder einmal vor

holländischen Losschwindlern

warnen. Neben der schon öfter genannten Firma Emil Frank in Amsterdam, treibt jetzt die dortige Deutsche Effekten-Gesellschaft ihr Unwesen. Die Losfirma sucht unter Hinweis auf Gewinne, die der Briefempfänger gemacht hätte, wenn er auf ein ihm früher gemachtes Losangebot eingegangen wäre, und durch den Bluff, ihm, wenn er jetzt bis zur „Abrechnung“ das betreffende Los weiterspielen wolle, dennoch den früher darauf gefallenen Gewinn gutzuschreiben, mit erstmaligen Einsendungen von 20 ℳ und monatlichen Ratenzahlungen von 10 ℳ dem leichtgläubigen deutschen Publikum

Geld aus der Tasche zu ziehen. — In der Pfingstnummer der Neuen Freien Presse veröffentlicht Lujo Brentano einen längeren Aufsatz über

Handel und Diplomatie.

Die Folge der Verzichtleistung der Nationalökonomie auf die Erörterung wirtschaftlicher Fragen ist, daß die nationalökonomische Wissenschaft heute ihre Direktiven völlig von der öffentlichen Meinung erhält, anstatt diese mit ihren Ansichten zu durchdringen, und daß in der Handelspolitik wieder Anschauungen, die als längst überwunden galten, Kurs erlangt haben. In weitesten Kreisen herrscht heute wieder die Anschauung des hl. Hieronymus: „Nisi alter perdiderit, alter non potest invenire", und die seit Adam Smith totgeglaubte Lehre von der Handelsbilanz hat wieder ihre Auferstehung gefeiert. So oft von Kapitalsauswanderung die Rede ist, zeigt sich eine Verkennung der den auswärtigen Handel beherrschenden Kausalzusammenhänge. Es ist unbegreiflich, wenn diejenigen, die kein persönliches Interesse am Zinsfuß haben, sich gegen Anlagen deutschen Kapitals im Ausland erklären, außer wenn sich der Schuldnerstaat verpflichtet, mit dem geliehenen Geld Produkte des Gläubigerstaates zu kaufen. Dabei sucht doch das heimische Kapital die Anlage im Ausland nur, weil es sich eine höhere Verzinsung verspricht, und dieser größere Gewinn führt zur Mehrung des heimischen Reichtums und zum Wachsen des Konsums. Nur dann soll gegen Auslandsanleihen eingeschritten werden, wenn ihre Sicherheit nicht gewährleistet ist. Der Rückkehr zu der Ansicht primitiver Kulturstufen, daß es beim Handel auf die Ueberlistung des Kontrahenten ankomme, entspricht es auch, daß die Vorbereitung zum Abschluß neuer Handelsverträge den Eindruck der Vorbereitung eines Rossetäuschens macht. Unter Umständen hält man es ja auch heute wie in den Zeiten des Merkantilsystems für angebracht, Gewaltmittel zur Eroberung neuer Absatzmächte anzuwenden. Die den Handelsinteressen dienende Diplomatie hat uns nichts weiter gebracht, als die Förderung der privaten Interessen einiger großer Firmen, die geschickt ihr Interesse als das der Allgemeinheit auszugeben verstanden. Die Geldleihgeschäfte an fremde Länder machen einen sehr unerfreulichen Eindruck, wenn der Borgende den ganzen Betrag oder den größten Teil desselben in Waren des Geldgebers anlegen muß. Es handelt sich hier, wie im Privatleben, wo der Geldbedürftige gegen Wechsel Waren in Zahlung nehmen muß, um glatte Bewucherung. Das Ende solcher Auspoverungen ist oft der Staatsbankerott, der dem Gläubiger die erwünschte Gelegenheit bietet, sich politisch im Schuldnerstaate festzusetzen. So ist beispielsweise Rußland mit Persien verfahren. Die Ergebnisse der Diplomatie in der Handelspolitik müssen uns sehr mißtrauisch gegen sie machen. Ohne Dazwischentreten der Diplomatie werden sich die geldbedürftigen Staaten schon von selbst dem Lande zuwenden, das ihnen am billigsten Kapital und gute Waren liefert, und auch das Kapital der Gläubigerstaaten wird sich schon von selbst den für sie vorteilhaftesten Anlagen zuwenden.

Aus den Börsensälen.

Während an der berliner Börse trotz des anhaltend stillen Geschäftsverkehrs die Neigung zu einer Erhöhung der Kurse einiger Werte vorhanden war, verharrten die ausländischen Börsen wieder in schwacher Tendenz. Dies verhindert natürlich auch an den deutschen Plätzen eine grössere Erholung. In Paris ist zwar nach der starken Beunruhigung, die in der vorigen Woche Platz gegriffen hatte, ebenfalls eine ruhigere Auffassung zutage getreten, aber die Nachwirkung der grossen Verluste, die das französische Kapital erlitten hat, findet in der Kursentwicklung ihren Ausdruck. Eine besonders matte Haltung hatte die petersburger Börse aufzuweisen, so dass auch in Berlin russische Werte von neuem angeboten waren. Ebenso wie kürzlich die Erklärung, dass die russische Regierung 100 Mill. Rbl. zur Unterstützung der Börse bereitstelle, eine Ermässigung der Kurse nicht aufzuhalten vermochte, hat jetzt auch das Dementi in der Frage der Zulassung von Ausländern und Juden als Verwaltungmitglieder der Aktiengesellschaften an der petersburger Börse keine Wirkung ausgeübt. Dieses Dementi ist allerdings in sehr unklarer Form abgefasst und hatte nicht die Regierung zum Verfasser, sondern eine nicht namhaft gemachte russische Bank, die sich allerdings auf Erklärungen der Regierung bezog. Es scheint daraus hervorzugehen, dass die jetzige Regierung den im Januar im russischen Ministerrat gefassten Beschluss, die Tätigkeit jüdischer oder ausländischer Direktoren und Aufsichtratsmitglieder von Aktiengesellschaften zu erschweren, nicht aufrechterhalten will. Es war vielfach behauptet worden, dass der Kursrückgang in Petersburg nur mit diesen beabsichtigten Massnahmen zusammenhänge. Dass dies nicht der Fall war, dass er vielmehr tiefere Ursachen hat, zeigt sich jetzt immer deutlicher. In dieser Woche erlitten besonders die Aktien der Naphtha-Produktionsgesellschaft Gebr. Nobel einen starken Kursrückgang. Er ist anscheinend in erster Reihe die Folge der Preisermässigung, die sich seit einiger Zeit auf dem Petroleummarkte vollzieht. Auf die beträchtliche Steigerung der Rohölpreise ist der natürliche Rückschlag gefolgt, sowohl in den amerikanischen Notierungen, wie in den russischen. An der berliner Börse wurde zur Begründung für das Angebot auch auf die Kapitalserhöhung der Gesellschaft hingewiesen, die einen Umfang von 10 Mill. Rbl. annimmt und zur Erschliessung neuer Petroleumquellen dienen soll. Es scheinen jedenfalls in diesem Papier noch sehr grosse spekulative Hausseengagements zu bestehen, deren Lösung die scharfe Ermässigung herbeiführt.

* * *

Am Kassamarkte der Industriepapiere war die Tendenz nicht einheitlich. Grössere Kursbewegungen kamen nicht zustande; für einzelne Werte trat etwas Interesse hervor, doch hielt die Nachfrage nicht lange an. Es erfolgte vielmehr bald wieder ein Rückschlag. Auch die

in dieser Woche erschienenen Geschäftsberichte gaben keinen Anlass zu besonderen Ueberraschungen. Der Abschluss der Vulcan-Werke (Hamburg und Stettin) führte zu einigen weiteren Verkäufen in den Aktien; das Angebot wurde jedoch von den Interessenten aufgenommen, so dass der Kurs sich wenig veränderte. Seit der Erklärung der Verwaltung vom Dezember 1913 war die Spekulation darauf gefasst, dass die Gesellschaft an dem Bau des Imperator einen grösseren Verlust erlitten hat und infolgedessen eine Dividende für das abgelaufene Jahr wieder nicht zur Verteilung bringen kann. Es war jedoch nicht ein so erheblicher Ausfall vermutet worden; werden doch nicht weniger als 4,76 Mill. ℳ den Reserven entnommen, um eine Unterbilanz zu vermeiden. Es ist nicht die Tatsache dieses Verlustes allein, was die Aktionäre peinlich berühren muss, sondern auch die Art, wie die Gesellschaft die Oeffentlichkeit unterrichtet hat. Schon im vorigen Jahre erregte die Herabsetzung der Dividende von 11 % auf 6 % Befremden, weil kurz vorher noch aus Kreisen, die der Gesellschaft nahestehen, Dividendenschätzungen in unveränderter Höhe verbreitet worden waren. Auf Grund des Geschäftsberichtes pro 1912 konnte aber angenommen werden, dass der voraussichtliche Verlust beim Imperatorbau bereits verrechnet worden ist. Wenn sich auch vielleicht bei der Ablieferung des Schiffes noch Schwierigkeiten herausstellten, die damals nicht erkannt worden sind, so musste doch mindestens schon ein Teil des Verlustes bei der Aufstellung der vorjährigen Bilanz erkennbar gewesen sein. Die Verwaltung sprach in der Generalversammlung vom 22. Mai 1913 denn auch ihr Befremden darüber aus, dass aus den Kreisen der Aktionäre keine Anfragen an sie gerichtet wurden. Wäre sie befragt worden, so hätte sie jedoch wohl kaum vollen Aufschluss über diesen Ausfall gegeben. Das Berliner Tageblatt berichtete damals unmittelbar im Anschluss an das Referat über die Generalversammlung auf Grund von Mitteilungen der Verwaltung ausdrücklich, dass die Mehrkosten bei dem Bau des Imperator schon in der Bilanz pro 1912 berücksichtigt worden sind. Eine ähnliche Erklärung hätte wohl auch der Vorstand offiziell in der Generalversammlung abgegeben. Er wäre jedoch verpflichtet gewesen, schon im Geschäftsbericht pro 1912 diese Mehrkosten zu erwähnen; statt dessen wurde aber nur ganz allgemein auf den schweren Wettbewerb unter den Schiffswerften hingewiesen und auf das Risiko, das beim Bau der grossen Schiffe entsteht. Daraus vermochte niemand zu entnehmen, dass im nächsten Jahre auf den damals beinahe fertiggestellten Imperator ein so bedeutender Verlust zur Verrechnung gelangen werde. Tatsächlich waren denn auch schon vor der Publikation des Geschäftsberichtes pro 1912 an der Börse Gerüchte aufgetreten, die Gesellschaft habe sich mit erheblichen Summen bei der Kalkulation des Imperator geirrt. Als Ende Dezember 1913 zum erstenmal offiziell die Aktionäre über den Verlust benachrichtigt wurden, war der Kurs der Aktien bereits auf ca. 110 % zurückgegangen, während er noch Anfang 1913 179¼ % notiert hatte. Gegenwärtig stellt er sich sogar höher als damals, nämlich auf ca. 122 %. Der gegenwärtige Kurs bringt bereits die Erwartung auf eine Besserung in den Verhältnissen des Unternehmens zum Ausdruck. In der Tat wird man annehmen können, dass die Gesellschaft nunmehr alle Schäden zur Abschreibung gebracht hat, die durch ihre falschen Kalkulationen eingetreten sind und, soweit es sich bis jetzt beurteilen lässt, im laufenden Jahre eintreten werden. Sie hat im letzten Geschäftsbericht ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie darauf bedacht gewesen sei, „unter übersichtlichen Verhältnissen ins neue Geschäftsjahr einzutreten“. Weiterhin ist als ein günstiger Faktor für die Beurteilung der Geschäftsergebnisse der nächsten Jahre auch zu berücksichtigen, dass eine Verbilligung verschiedener, zur Herstellung der Schiffe notwendiger Materialien (Eisen, Holz usw.) eingetreten ist. Zum mindesten werden also die Vulcan-Werke nicht, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, durch plötzliche Erhöhung ihrer Selbstkosten bei Ausführung ihrer Bauten beeinträchtigt werden. Andererseits darf jedoch nicht übersehen werden, dass die grossen Bestellungen der privaten Schiffahrtgesellschaften bald ihrem Ende entgegengehen. So erhebliche Investitionen wie in den letzten Jahren werden angesichts der starken Vermehrung der Tonnage für die nächste Zeit nicht zu erwarten sein. Vorläufig haben die Werften allerdings noch Aufträge aus den früheren Jahren auszuführen; man wird aber vermuten dürfen, dass sie in Rücksicht auf die zu erwartende Abnahme in bezug auf die Dividendenausschüttung Zurückhaltung bekunden. Die Vulcan-Werke werden dies um so eher tun müssen, weil ihre Reserven durch den Verlust der beiden letzten Jahre erheblich abgenommen haben und die hamburger Anlagen noch verhältnismässig hoch zu Buche stehen. Schon in jener denkwürdigen Generalversammlung, in der gegen den Willen der stettiner Aktionäre, den hamburger Betrieb zu errichten beschlossen wurde, wies die Opposition darauf hin, dass die Vulcan-Werke ihre damals noch hohen Dividenden hauptsächlich dem Umstande verdanken, dass sie in der Lage waren, die stettiner Anlagen stark zu amortisieren. Die inzwischen eingetretene Verringerung der Gewinne hat die Gesellschaft daran verhindert, auch auf die hamburger Anlagen entsprechende Abschreibungen vorzunehmen. In der letzten Bilanz standen die hamburger Anlagen mit 28,59 Mill. ℳ zu Buche, und es wurden in Hamburg im Jahre 1913 höchstens 7591 Arbeiter beschäftigt. In Stettin bilanzieren dagegen die Anlagen nur mit 9,23 Mill. ℳ, während die Höchstzahl der Arbeiter 7439 Personen betrug. Der Umfang des stettiner Betriebes scheint also nicht viel geringer zu sein, als der der hamburger Werft, obgleich der Buchwert Hamburgs etwa dreimal so gross ist. Die Verwaltung wird zwar darauf bedacht sein, nach den beiden dividendenlosen Jahren den Aktionären wieder eine

Verzinsung auf ihr Kapital zuteil werden zu lassen; aber zu hohe Erwartungen an die Dividenden erscheinen so lange unberechtigt, bis die inneren Verhältnisse der Gesellschaft eine beträchtliche Festigung erfahren haben.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Gs. Die Bank der Kleinen. Als vor kurzem die Nachrichten über den geplanten Zusammenschluss der deutschen Privatbankiers durch die Zeitungen gingen, zog man vielfach Parallelen mit dem ebenfalls aus der Not der Zeit als Abwehr gegen die aus der Konzentrationsbewegung den Kleinen erwachsenden Schäden erwachsenen Zentralinstitut der französischen Privatbankiers und Provinzbanken. Es dürfte den Lesern des Plutus nicht unwillkommen sein, sich an Hand der neuesten Abschlussziffern der Société Centrale des Banques de Province selbst ein Urteil über den Umfang der bankgeschäftlichen Transaktionen und die Fundierung dieses Institutes bilden zu können. Im Jahre 1899 wurde nach den Plänen des boulogner Bankiers Achille Adam und dessen Sohnes und als Ausbau einer seit 1881 existierenden loseren Bankiersvereinigung das Syndikat des Banques de Province begründet. Zweck der Organisation war: Erteilung finanzieller Auskünfte an die Mitglieder, Prüfung von Finanz-, Handels- und industriellen Angelegenheiten, die für die Mitglieder Interesse bieten könnten, Erleichterung von Beteiligungen der Mitglieder an der Gründung von Gesellschaften und der Uebernahme von Wertpapieren, fest oder auf Option, sowie die Erlangung der bestmöglichsten Bedingungen für Beteiligung der Mitglieder an Effektenemissionen. Das Programm des Syndikates hat auf die französische Provinzbank und Bankierwelt eine ausserordentlich grosse Anziehungkraft ausgeübt, so dass bereits 1910 rund 400 Firmen mit 600 Geschäftsstellen in ganz Frankreich ihm angeschlossen waren — d. h. fast sämtliche bedeutenderen Firmen — deren gesamte Kapitalkraft auf nahezu $1^1/_2$ Milliarden Frcs. geschätzt wird. Als einziger Beitrag wurde ein einmaliges Eintrittsgeld von 100 Frcs. erhoben. Nicht lange nach der Gründung des Syndikates stellte sich die Notwendigkeit heraus, eine eigene Bank zur Durchführung sämtlicher finanzieller Transaktionen ins Leben zu rufen, weil das Syndikat keine juristische Persönlichkeit war. Diese Bank entstand nun in der Société Centrale des Banque de Province, besitzt heute ein zu 25% eingezahltes Aktienkapital von 100 Mill. Frcs., eingeteilt in Aktien zu 5000 Frcs. Die Aktien sind Namensaktien. Sie werden nur an Mitglieder des Syndikats überschrieben und, um jedem Mitgliede den gleichen Einfluss in der Gesamtorganisation zu sichern, darf niemand mehr als eine Aktie besitzen. Die Bank hat bereits eine ganze Anzahl bedeutsamer Transaktionen getätigt. Es ist hier vor allem die von ihr durchgeführte Gründung der Lötschbergbahn, ferner Uebernahmen von Obligationsanleihen russischer Bahnen, einer dänischen 56-Millionen-Anleihe (gemeinsam mit dem Hause J. Loste & Co.), einer französischen Kongokolonieanleihe sowie die Begründung einer Anzahl von ausländischen Bodenkreditinstituten zu erwähnen. Im abgelaufenen Jahre 1913 hat die Bank die 10 Millionen betragende Kapitalserhöhung der von ihr gegründeten Caisse Hypothécaire Canadienne durchgeführt sowie Obligationsanleihen des Crédit Foncier du Brésil, der Société Pyrénéenne d'Énergie électrique, des Crédit foncier d'Orient und des Banco el Hogar Argentino übernommen. Beteiligt war das Institut im gleichen Jahre an der Placierung der Japanischen Schatzscheine, der 5%igen Chinesischen Schuldverschreibungen von 1913 und der $4^1/_2$%igen Obligationen der Compagnie des Chemin de fer de la Mer Noire et Société des Embranchements de Chemin de fer Russes. Das Institut hat ferner nach seiner Darstellung bei einer Anzahl von grossen Anleiheausschreibungen, wie der $3^1/_2$%igen Indo-Chinaanleihe, der Staatsbahnobligationenanleihe, der Obligationenanleihe der Chemins de fer de Montagne et Hôtels dans les Pyrénées und der 4%igen Bodenkredit-Obligationen von 1913 stark ins Gewicht fallende Angebote abgegeben, die es als ernst zu nehmende Emissionsbank zeigten. Aeusserlich nimmt sich das Ergebnis des Rechnungjahres 1913 nicht schlecht aus. Die allgemeine Effektenentwertung hat auch das Portefeuille der Bank nicht unberührt gelassen und sie gezwungen, einen Kursverlust von 887 000 Frcs. abzuschreiben. Auch muss die Dividende, die in der ersten Zeit des Institutes schon 20% betragen hatte, auf $7^1/_2$% ermässigt werden, weil die Verwaltung den krisenhaften Zeiten Rechnung tragen und die Bank innerlich kräftigen will. Aber Umsatz- und Gewinnziffern sowie die Liquidität zeigen doch, dass sich die Entwicklung der Bank in aufwärtssteigender Linie bewegt. Der Umsatz ist von 4,99 Milliarden auf 6,18 Milliarden und der Bruttogewinn von 4,17 auf 5,77 Millionen Frcs. gestiegen. Der Reingewinn stellt sich auf 2,69 Mill. gegen 2,20 Mill. im Jahre 1912. Auf neue Rechnung werden 590 000 Frcs. vorgetragen. Das Institut beschäftigt gegenwärtig 572 Angestellte, was ein Plus von rund 90 gegenüber dem Vorjahre bedeutet. Für den Umfang der mit den Einzelmitgliedern des Syndikates abgewickelten Geschäfte zeugt die Umsatzziffer von 1,26 Milliarden Frcs. gegen 996 Mill. Frcs. auf diesem Konto. Interessant ist auch ein Blick in die Bilanz. Unter den Aktiven betragen Kasse und Bankguthaben rund 14 Mill. Frcs., sind also relativ recht hoch. Das Wechselportefeuille, das auch für fast $4^1/_2$ Mill. Frcs. fremde Schatzwechsel enthält, wird mit insgesamt $14^1/_2$ Mill. Frcs. ausgewiesen. Das Konto „Banquiers correspondants débiteurs", das den Debetsaldo einzelner Syndikatsmitglieder enthält, weist einen Bestand von 2,7 Mill. Frcs. auf, unter den Passiven erscheint dafür aber das Konto der einen Kreditsaldo unterhaltenden Mitglieder mit 12,3 Mill. Frcs. Unter den Aktivposten erscheinen ferner Reports und Lombards (die Lombards sind zum grössten Teil Bevorschussungen von Effekten der Mitglieder) mit über 4 Mill. Frcs. Bilanztechnisch interessant ist, dass die Bank unter der Bezeichnung „Débiteurs par acceptations" die Debitoren aufführt, die sie für gewährte Akzeptkredite belastet hat. Dieser Posten beträgt 17,35 Mill. Frcs. Auf der Gegenseite erscheint dafür der Betrag von 17,46 Mill. als Gegenposten unter der Bezeichnung „Acceptations et dispositions à payer", der also ausser den umlaufenden Akzepten noch die noch nicht eingelösten Schecks enthält. Das 18,7 Mill. betragende Effekten-Portefeuille setzt sich zu zwei Drittel aus Aktien der Caisse Commercielle et Industrielle de Paris zusammen, die eine Dividende von 30% verteilt.

Sie rühren noch aus der letzten Kapitalserhöhung dieser Gesellschaft her, die im abgelaufenen Jahre eine solche von 5 auf 22 Mill. Frcs. vorgenommen hat. Ferner werden separat ausgewiesen 4 Mill. Frcs. Besitztum an Aktien der Union Provinciale Immobilière. Dies ist eine von der Bank gegründete Immobiliengesellschaft, welche u. a. auch das für den Neubau der Bank benötigte Grundstück verwaltet. Ferner erscheinen Beteiligungen mit 4,6 Mill. Frcs. Das Institut verfügt über eine gesetzliche Reserve von rund 170 000 Frcs. und eine ausserordentliche von 10 Mill. Frcs. Der bedeutendste Passivposten neben den schon erwähnten Guthaben der Mitglieder des Syndikates und den Akzepten ist ausgewiesen als „Dépots et divers créditeurs“ mit 14,35 Mill. Frcs. Er enthält ausser einem zur Deckung von Domizilwechseln dienenden Betrage von 5,4 Mill. Frcs. in der Hauptsache die Guthaben verschiedener Gesellschaften, wie z. B. der Union Provinciale et Immobilière. Der Verwaltungsrat der Bank, der Tantiemen im Gesamtbetrage von 260 000 Frcs. erhält, ist ziemlich umfangreich. Als Präsident figuriert der ehemalige Finanzminister Charles Dumont, Vizepräsident ist Achille Adam, der oben erwähnte Schöpfer des Syndikates; die Mitglieder sind grösstenteils Direktoren der grösseren, dem Syndikate angeschlossenen Provinzbanken, doch sind auch einige pariser Banken, wie beispielsweise der Crédit Mobilier Français, und Privatbankhäuser, wie das Haus Jacques Gunzburg & Cie., vertreten. Das Gesamtbild der Bank zeigt, dass sie, insbesondere im Emissionsgeschäft, recht rührig zu sein scheint. Ueber die Bonität der von ihr zum Teil ja in den jetzt von starken Wirtschaftkrisen betroffenen südamerikanischen Ländern begründeten Bodenkreditinstitute kann sich allerdings der Aussenstehende kein zuverlässiges Bild machen.

Rumänien und der Dreibund.

Myson schreibt: „König Carols Reich hat in dem letzten Balkankrieg eine überragende Bedeutung erlangt. Dass es wirtschaftlich in der Zukunft sehr entwicklungfähig ist, darüber kann gar kein Zweifel sein, und die 300 Millionen, die die Disconto in Rumänien investiert hat, werden sich mit der Zeit als eine sehr gute Kapitalsanlage erweisen. Die Zugeknöpftheit, mit der lange Zeit hindurch, infolge des rumänischen Antisemitismus, die Hautefinance diesem Staat gegenüberstand, hat aufgehört und er wird immer mehr und mehr ein von ihr sehr bevorzugtes Land werden. Aber nicht nur wirtschaftlich fühlt sich Rumänien heute als d i e Balkanmacht, es erhebt auch den Anspruch, für politische dafür zu gelten. Ob dies seiner militärischen faktischen Stärke nach berechtigt ist, muss freilich nach dem Exempel der letzten Mobilisierung recht zweifelhaft erscheinen; sie verlief nichts weniger als programmmässig! Bulgarien und — trotz alledem — nicht Rumänien ist nach wie vor das Preussen oder Japan des Balkans. Jedoch König Carols kluge Politik machte ihn zum Schiedsrichter auf der Halbinsel und gab dadurch seinem Staat eine dominierende Stellung. Dieser Erfolg hat Rumänien nun viel zu selbstbewusst gemacht und es wiegt sich seit dem „definitiven“ Frieden von Bukarest immer mehr in dem Wahn, so quasi eine neue europäische Grossmacht geworden zu sein. Das ist natürlich ein kindlicher Irrtum, aber die Diplomatie des Zweibundes, die ausgezeichnete Vertreter in Bukarest hat, bestärkt ihn absichtlich in ihm und macht ihm dementsprechend die Kur. Nun war Graf Berchtolds Politik während der grossen Krise ganz gewiss Rumänien gegenüber durchaus korrekt, ja in ihren Prinzipien durchaus freundschaftlich. Man vergass in den offiziellen wiener Kreisen durchaus nicht, dass Rumänien dem Dreibund liiert sei. Doch diese offizielle Haltung trat viel zu wenig öffentlich in die Erscheinung: in Rumänien, und nicht nur dort, glaubte man, Rumänien sei von Oesterreich für Bulgarien geopfert. Das war falsch, man hat nur einige Zeit hindurch in Wien den Versuch gemacht, die bulgarischen und rumänischen Interessen unter einen Hut bringen zu können, um am Balkan mit zwei starken Schachfiguren zu operieren. Der verstorbene Staatssekretär von Kiderlen bemerkte einmal zu mir: „Ich würde diese Politik auch teilen, wenn — ich sie für möglich hielte; Graf Berchtold soll mir nur sein Rezept zeigen, wie er sie durchführen will.“ Aber Graf Berchtold besass dieses Rezept eben auch nicht. Als er dies erkannt hatte, blieb er wohl Bulgariens Freund, gab aber sachlich Rumänien in seinen Forderungen recht. Leider hatten unterdessen die Herren Blondel und Schebeko (der damals noch in Bukarest Russland vertrat) die Situation ausgenutzt und das rumänische Volk gegen Oesterreich tief verstimmt gemacht. Hinzu trat ferner die innere ungarische Politik —, die, trotz Graf Stefan Tiszas hohen Worten, nichts weniger als den ungarischen Rumäniern günstig bezeichnet werden kann —, um die Erbitterung in Bukarest noch zu steigern. Es war ein Meisterstreich der russischen Politik, gerade in dieser Zeit sich immer mehr an Rumänien heranzupürschen und wenn jetzt Zar Nikolaus nach Bukarest reist, so wird er es wohl tun, weil er des Erfolges gewiss ist, dass Rumänien bei einem eventuellen Kriegsfall neutral bleibt. In Oesterreich hat man die Gefahr auch erkannt — und setzt nun wieder sehr viel auf die Karte Bulgarien. Das mag nicht falsch sein, wofern man nämlich das ersehnte türkisch-bulgarische Bündnis zustande bringt, sonst ist es aber verfehlt. Ganz verfehlt ist es jedoch, wenn man in Oesterreich, trotz Graf Berchtolds Exposé, ziemlich offen erklärt, Rumänien schon als quasi Gegner anzusehen. Das ist es n o c h nicht. Es wird es nur dann werden, wenn man nicht eine Aenderung in der äusseren und inneren Politik Oesterreich-Ungarns herbeiführt. Auf diese Aenderung hinzuarbeiten, für sie in Wien einzutreten, muss Aufgabe unserer Leute sein. Wir haben darauf zu achten, dass Oesterreich und Italien nicht von wegen Albaniens den Bestand des Dreibunds gefährden, und dass man in Oesterreich einsieht, wie eine eventuelle Neutralität Rumäniens noch lange keine Feindschaft gegen den Dreibund bedeutet. Vielleicht huldigt man bei uns in den offiziellen Kreisen der Anschauung, dass Rumänien noch nicht ganz verloren für uns als Bundesgenosse ist, dass wir aber jedenfalls alles dazu tun müssen, uns seiner Neutralität für alle Fälle zu versichern. Das erstere möchte ich bezweifeln, das letztere kann geschehen, falls Oesterreichs Haltung darauf Rücksicht nimmt, und falls Grossfürstin Olga sich n i c h t mit dem Prinzen Karol verlobt. Denn, kommt diese Verlobung zustande, dann dürften die Dreibundhoffnungen in bezug auf Rumänien auf Nimmerwiedersehen ins Schwarze Meer versinken!“

Margarine-Sorgen. Man schreibt mir: „Die deutsche Presse hatte sich in neuerer Zeit recht häufig mit der Befürchtung zubefassen, dass eine Vertrustung des Margarinegeschäfts bevorstehe. Nicht etwa durch Vereinigung der deutschen leistungfähigen Margarineindustrie zu einem einheitlichen, den deutschen Markt beherrschenden Gesamtunternehmen, sondern durch das Uebergreifen der sehr starken englisch-holländischen Produktionsinteressenten der Margarineindustrie, die angeblich mit steigendem Erfolg sich die deutsche Margarineindustrie untertänig zu machen suchten. Die recht lebhafte Agitation, die in der Oeffentlichkeit gegen diese Bestrebungen eingesetzt hat, der laute Appell an Presse, Regierung und Parlament, hat zu mindesten den Erfolg gehabt, dass für den Augenblick die Sorge vor einer ausländischen Vertrustung der deutschen Margarineindustrie etwas zurücktreten zu können scheint. Die deutsche Industrie ist, soweit das nötig war, zu einer Abwehraktion geweckt worden, sie hat sich zum grossen Teil in einem Schutzverband zusammengeschlossen, der, zusammen mit den Margarinegrosskonsumenten und den Zwischenhändlern, hofft, eine Monopolisierung des deutschen Margarinemarktes durch ausländische Trustbestrebungen verhindern zu können. Die Bildung solcher Schutzverbände ist an sich eine recht zweckmässige Massregel, man darf aber ihre Bedeutung nicht überschätzen. Denn die Form des Schutzverbandes ist in den allermeisten Fällen recht lose, und in den Fällen, in denen finanziell sehr starke Trustinteressen am Werke sind, nützen auch hohe Konventionalstrafen, wie sie in Schutzverbänden für einen Abfall recht häufig vorgeschrieben sind, sehr wenig. Paris vaut une messe. Wenn es um Millionen geht und mit der Beherrschung der Industrie eines ganzen Landes gerechnet wird, spielen Hunderttausende für Konventionalstrafen keine ausschlaggebende Rolle. Es ist also recht leicht zu verstehen, wenn Grossunternehmungen der deutschen Margarineindustrie sich auf die Bildung eines Schutzverbandes nicht allein verlassen, sondern daneben auch für sich spezielle Vorsichtmassregeln zu schaffen suchen. Das ist ganz besonders nötig, wenn es sich dabei nicht um Privatunternehmungen, sondern um Aktiengesellschaften handelt, und zwar um Aktienunternehmungen, für deren Aktien ein öffentlicher Markt besteht. Ganz besonders nötig sind Vorkehrungen, wenn diese Aktiengesellschaften in sinkender Rentabilität sind, ihre Aktien also einen niedrigen Kurstand einnehmen, wenn eine Entwicklung der Geschäfte eingetreten ist, die den Aktionären die Abstossung ihres Besitzes an sich nicht allzu unlieb macht, besonders wenn ihnen etwa von einer kauflustigen Konkurrenz ihrer eigenen Gesellschaft ein Ueberpreis bezahlt wird. So erklären sich die Massregeln, zu denen in ihrer vor kurzem abgehaltenen Generalversammlung die H. Schlinck & Comp. Aktien-Gesellschaft in Hamburg, die bekannten Palmin- und Palmonawerke, gegriffen hat. Die H. Schlinck & Comp. Aktien-Gesellschaft, welche in der Rechtsform des Aktienunternehmens seit 1909 besteht und ursprünglich in Mannheim, jetzt in Hamburg, domiziliert, hat auf ihr im Jahre 1910 von 3 auf 5.30 Mill. ℳ erhöhtes Aktienkapital zunächst $12^1/_2$ %, dann zwei Jahre hindurch 14% Dividende bezahlt; der erste Kurs bei der offiziellen Hamburger Börsennotiz — daneben werden die Aktien auch noch in Frankfurt a. M und Mannheim notiert — war entsprechend der 14%igen Dividende, die man für 1910 erwartete, 225%. Schon im Jahre 1912 aber sank die Dividende auf 10%, um für 1913 weiter auf 6% zurückzugehen. Der Reingewinn der Gesellschaft ist, wenn man den Vortrag abzieht, von 1 370 000 ℳ im Jahre 1911 auf wenige 498 000 ℳ in 1913 gefallen, eine Entwicklung, die der letzte Geschäftsbericht erklärte mit dem starken Preisstieg der Rohmaterialien, mit Absatzerschwerungen infolge der Konkurrenz der Molkereiprodukte, sowie mit der allgemeinen Konjunktur, endlich aber auch mit Streik- und Brandschäden. Der Aktienkurs ist bis auf etwa 125% gefallen. Damit nimmt er bei 6% Dividende unter den Ansprüchen, die man heute an die Verzinsung einer immerhin risikovollen Industrieaktie stellt, immer noch einen relativ hohen Stand ein, der sich vielleicht zum Teil daraus erklärt, dass sich sehr grosse Posten des Aktienkapitals in festen Händen, nämlich bei den Vorbesitzern im Aufsichtrate der Gesellschaft befinden, dem Verkehr also entzogen sind. Immerhin, der Aktienkurs wie die Rentabilität, die die Aktie gibt, lassen es an sich relativ leicht möglich erscheinen, dass ein kaufkräftiger Liebhaber für diese Aktien auch reichliches Material bekommt, besonders wenn es ihm auf einige Prozente mehr oder weniger nicht ankommt. Die Verwaltung der Gesellschaft hat nun in ihrer letzten Generalversammlung den Gesellschaftvertrag abändern lassen, und zwar durch Bestimmungen, die ganz ersichtlich darauf hinauslaufen, nicht etwa einer ausländischen Konkurrenz die Beteiligung an der Gesellschaft direkt zu erschweren, sondern eventuelle Ausdehnungbedürfnisse der Gesellschaft auch für den Fall sicher zu stellen, dass bei dem Unternehmen eine der bisherigen Geschäftstendenz der Gesellschaft feindliche Minderheit vorhanden ist. Der Vorgang ist immerhin ungewöhnlich. Für das Bedürfnis, fremde Konkurrenz fernzuhalten, haben sich im deutschen Aktienwesen der neueren Zeit schon ganz bestimmte Normen herausgebildet. Meistens wird in solchen Fällen ein bestimmter, nicht zu grosser Betrag Vorzugsaktien geschaffen und bei den Uebernehmern, der Verwaltungpartei, gesperrt. Dann kann mit den Stammaktien geschehen, was will, eine entscheidende aktive Einflussnahme auf die Gesellschaft durch Dritte ist sicher abgewehrt. Die Schlinck-Gesellschaft geht anders vor. Ihre Verwaltung hat beschliessen lassen, dass Kapitalsvermehrungen in der Folge auch mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können, d. h., die bisher vorgeschriebene Dreiviertel-Mehrheit braucht nicht mehr vorhanden zu sein. Es ist also für die Folge etwa den englisch-holländischen Interessen nicht mehr möglich, Ausdehnungwünsche der Schlinck-Gesellschaft dadurch zu hemmen, dass sie sich am Aktienmarkte in den Besitz der qualifizierten Minderheit der Schlinck-Aktien, also des vierten Teils des Aktienkapitals setzen; sie brauchen dazu mindestens jetzt die Hälfte. Es liegt auf der Hand, dass dieses Vorgehen der Schlinck-Verwaltung nur wirksam ist, wenn, worüber bisher noch nichts verlautete, ihm innerhalb des Kreises der jetzigen Grossaktionäre eine bestimmte Massregel zur Seite steht: nämlich die Sperrung der Majorität plus 1 Aktie bezw. deren Thesaurierung. Nur dann, wenn die Besitzer der Hälfte der Aktien dauernd und fest entschlossen sind, zu

mindesten diese Hälfte plus 1 Aktie festzuhalten, kann die Gesellschaft gegen ausländische Uebergriffe gesichert werden. Dafür gibt es bestimmte Sperrverträge, die Weitergabe der Aktien zu treuen Händen, der Verzicht auf das Stimmrecht zugunsten eines instruierten Treuhänders usw. Ist diese ergänzende Vorsichtmassregel aber nicht geschaffen, so besteht immerhin die Möglichkeit, dass der Majoritätring eines Tages gesprengt wird, sei es durch ein grosses Uebergebot für einen bestimmten Teil der Aktien, sei es durch Erbgang usw. Es wäre recht interessant, wenn man von der Schlinck-Verwaltung hören würde, wie sie diese Angelegenheit geordnet hat. Besteht die hier erörterte Sicherung, so kann keine ausländische Konkurrenz in der Folge die kapitalmässige Ausdehnung der Gesellschaft verhindern, kann also dieses Unternehmen nicht zu fremden Vorteil in seiner Produktion niederhalten. Es frägt sich aber überhaupt, ob die bei Schlinck vorgenommene Statutenänderung für die Zwecke, die verfolgt werden, dauernd ausreichend ist. Viel einfacher wäre auch hier der Weg der Ausgabe von Vorzugsaktien gewesen, die sich leicht thesaurieren lassen, keine grossen Kapitalsaufwendungen beanspruchen und bei deren Bestehen keine noch so starke ausländische Konkurrenz auf die Gesellschaft irgendwie Einfluss gewinnen kann. Die Ausgabe von Vorzugsaktien wird besonders wirksam, wenn ihr die bei Schlinck beschlossene Statutenänderung zur Seite steht. Jedenfalls verdienen die Massregeln, deren sich die Schlinck-Gesellschaft zur Abwehr der Trustgefahr bedient, der Registrierung; aus solchen Einzelzügen setzt sich das Bild der modernen Grossentwicklung der Industrie zusammen, die über die Grenzen des eigenen Landes hinaus in fremde Arbeitsbereiche hineinwirkt, Einfluss zu gewinnen oder diesen abzuwehren sucht."

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Aussichten auf Goldzuflüsse bei der Bank von England haben sich nunmehr erfüllt. Zwar zeigt der letzt erschienene Ausweis noch keine Verstärkung des Metallbestandes, doch ist ein tatsächlicher Zuwachs an gelbem Metall im Inlande zu verzeichnen, da die Bank vom Auslande etwa eine halbe Million Pfund, in der Hauptsache aus Südamerika, erhielt. Die inländische Zirkulation absorbierte aber im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ultimo und dem Pfingstfest grosse Posten Umlaufsmittel, so dass der Metallbestand im Ausweise keine Erhöhung ergab und der Notenumlauf zirka eine viertel Million zunahm. Der nächste Wochenstatus dürfte aber den Umschwung der Verhältnisse zum Ausdruck bringen, da die Bank inzwischen aus den Barrengoldankünften grössere Beträge erhalten hat und auch Aegypten und Südamerika einige Eingänge lieferten.

Wie hier schon öfters betont, ist es jetzt aber längere Zeit nötig, dass die fremde Konkurrenz am Londoner Goldmarkt zurücktritt, da der Status der Bank of England einer Aufbesserung recht bedürftig ist. Die Totalreserve beträgt knapp 25½ Millionen Pfund und ist damit fast 2½ Millionen Pfund unter dem Vorjahrsstand, wo sie auch gerade kein glänzendes Bild bot. Bemerkenswert ist, dass trotz des knappen Goldbestandes im offenen Markte die Anlagekonten der Bank ziemlich stark besetzt sind; das Portefeuille beträgt fast 41½ Millionen Pfund und übersteigt damit das vorjährige um fast 11 Millionen Pfund. Trotzdem sind die privaten Guthaben nur um 1½ Millionen Pfund höher als 1913. Für die Beherrschung des Goldverkehrs ist diese starke Verschuldung des freien Markts zweifellos von Vorteil für die Bank. Immerhin ist es eigenartig, dass es bei dem geringen Bedarf, den Handel und Industrie zurzeit haben, zu so starker Inanspruchnahme des Instituts kommen konnte.

Auch der Ausweis der Bank von Frankreich zeigt eine recht erhebliche Beanspruchung des Instituts durch den Markt, die in der Hauptsache mit dem bevorstehenden Ultimo zusammenhängen dürfte. Das Portefeuille ist um etwa 226 Millionen Francs gestiegen, gegen nur etwa 103 Millionen im Vorjahr. Der Unterschied ist immerhin auffallend gross und es liegt vielleicht nahe, hier an einen Konnex mit den Krisengerüchten zu denken, die in der letzten Woche bezüglich einiger Pariser Banken kolportiert wurden. Mögen sie auch im allgemeinen haltlos sein, so erscheint es doch nicht ausgeschlossen, dass einige dieser Banken, um gegenüber allen Eventualitäten gerüstet zu sein, auf Vergrösserung ihrer Kassenbestände durch Diskontierungen bedacht waren. Die französischen Goldkäufer haben in den letzten Tagen im Zusammenhang mit dem hohen Stand des Wechselkurses den Londoner Markt verschont, sie sind aber in New York sowie in Südamerika weiter um das gelbe Metall bemüht und haben auch in der verflossenen Woche wieder grössere Beträge für Paris engagiert.

Es ist anzunehmen, dass die Vereinigten Staaten noch einige Zeit genötigt sein werden, ihre Verpflichtungen an Europa durch Goldsendungen zu begleichen. Die Handelsbilanz hat sich, gewiss nicht ohne Zusammenhang mit dem neuen Zolltarif, stark nach der Passivseite verschoben; ausserdem schaffen die Bedürfnisse der Europa bereisenden Amerikaner wie alljährlich weitere Zahlungverpflichtungen derUnion in der alten Welt und schliesslich sind auch für Zinsendienst und einzulösende amerikanische Rententitel, die jetzt in Europa keine Prolongation finden, ständig Rimessen zu machen, sodass bis zu der Exportkampagne neuer Ernte wohl mit einer Relation der Wechselkurse zuungunsten der Dollarvaluta zu rechnen sein wird. Hierzu kommt, dass sich die Zinssätze in den Vereinigten Staaten infolge der wirtschaftlichen Stagnation ziemlich niedrig halten und dass die sich jetzt allmählich vollziehende Einführung des neuen Bankgesetzes erhebliche Beträge neuer Noten in den Verkehr pumpen wird, wodurch dem niedrigen Stand der Zinssätze eine gewisse Stabilität gesichert scheint. New York wird daher nicht umhin können, seine Goldexporte fortzusetzen, als deren Ziel gemäss der Richtung der amerikanischen Verpflichtungen und der Konstellation auf dem europäischen Geldmarkt in der Hauptsache Paris in Frage kommt. Natürlich würde eine Verschärfung der mexikanischen Affäre, etwa im Sinne einer grossen kriegerischen Expedition, die Verhältnisse sofort erheblich ändern, da man drüben dann Goldausgänge um jeden Preis zu vermeiden suchen würde.

Am heimischen Markt ist der Ultimo so glatt überwunden worden, wie es seine Vorbereitungen versprachen.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Freitag, 5. Juni $5^1/_8$—$5^1/_2$%	Düsseldorfer Börse. — Zahltag Paris. — *Dekadenausweise Franzosen, Lombarden.* — *G.-V.:* Schantung Eisenbahn, Hannoversche Kaliwerke, Maschinen- u. Armaturenfabrik C. Louis Strube. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Donnersmarckhütte.
Sonnabend, 6. Juni $5^1/_8$—$5^1/_4$%	Bankausweis New York. — *Mai-Ausweis Lübeck-Büchener Eisenbahn.* — *G.-V.:* Meess & Nees, Beton- u. Eisenbetonbau-Ges., Eisenwerk Nagel & Kaemp, Kollmar & Jourdan Uhrkettenfabrik, Press- u. Walzwerk Reisholz, Düsseldorf, Aachener Lederfabrik.
Montag, 8. Juni $5^1/_8$—$5^1/_2$%	Essener Börse. — *Südafrikanische Goldminenausweise.* — *Transvaal Chamber of Mines.* — *G.-V.:* Admiralspalast Akt.-Ges., Warenhaus f. deutsche Beamte, Deutsch-Ostafrikanische Plantagen-Ges.
Dienstag, 9. Juni $5^1/_8$—$5^3/_8$%	Düsseldorfer Börse. — *G.-V.:* Akt.-Ges. f. Bahnbau u. Betrieb Frankfurt a. M., Alt-Landsberger Kleinbahn, Deutsche Eisenbahn-Ges. Frankfurt a. M.
Mittwoch, 10. Juni $5^1/_8$—$5^3/_8$%	Essener Börse. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Deutsch-Ueberseeische Elektrizität-Ges., Chemische Fabrik Landshoff & Meyer, J. D. Riedel Akt.-Ges., Bauland Seestrasse-Nordpark, Ver. Hanfschlauch- u. Gummiwarenfabriken Gotha, Sendig Hotel-Akt-Ges., Portland-Cement- u. Wasserkalkwerke Mark Neubeckum. — Schluss der Zusammenlegungsfrist Aktien Mecklenburgische Kaliwerke Jessenitz.
Donnerstag, 11. Juni $5^1/_8$—$5^3/_8$%	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweis London, Paris. — *G.-V.:* Lübeck-Büchener Eisenbahn. — Akt.-Ges. vorm. Gladenbeck, H. P. Sloman & Co. Salpeterwerke.
Freitag, 12. Juni $5^3/_8$—$5^5/_8$%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — *G.-V.:* Bayerische Elektrizitätswerke, Badische Lokaleisenbahn-Ges. Petersberger Zahnradbahn - Ges., Württembergische Nebenbahnen Stuttgart, Würzburger Strassenbahnen. — Einreichungsfrist Aktien Strassenbahn Hannover.
Sonnabend, 13. Juni $5^3/_8$—$5^5/_8$%	Bankausweis New York. — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrich-Bahn.* — *G.-V.:* Schubert & Salzer Maschinenfabrik Akt.-Ges., Kaliwerke Sarstedt, Thermos Akt.-Ges., Lübecker Maschinenbau-Ges., Eisenwerk Kraft Kratzwieck. — Schluss des Bezugsrechts Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning.

Ausserdem zu achten auf: Dividendenschätzungen der Zuckerfabriken.

Zulassunganträge (in Mill. *M*): Berlin: 4,6 Aktien Heine & Co., Leipzig. Hamburg: 5% Hyp.-Pfdbr. Hypothekenbank Finland, 20 Aktien Woermann-Linie. Bremen: 50 neue Aktien Deutsche Bank. Leipzig: 50 neue Aktien Deutsche Bank. Frankfurt a. M.: Bosnisch-Herzegowinische Anleihe bzw. Eisenbahnanl., 2 Aktien Mannheimer Versicherungs-Ges. Cöln: 50 neue Aktien Deutsche Bank. Augsburg: 0,850 $4^1/_2$% Obl. Bleicherei u. Färberei vorm. H. Prinz, 0,750 $4^1/_2$% Obl. Brauerei zum Hasen, Augsburg.

Verlosungen: 10. Juni: 2% Antwerpener 100 Fr. (1905). 14. Juni: $2^1/_2$% Griechische Nationalbank Prämien-Anleihe (1904). 15. Juni: $2^1/_2$ Brüsseler 100 Fr. (1902), 3% Obl. Crédit foncier Egyptien (1886, 1903, 1911), Freiburger 20 Fr.-L. (1898), Holländische 15 Gld. (1904), 4% Pariser 500 Fr. (1865), 5% Suez-Canal 500 Fr. (1868).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

Warenmarktpreise im Mai 1914.

	1.	8.	15.	22.	28.	
Weizen New York	$101^5/_8$	102	104	106	106	cts. per bushel
Weizen Berlin	198,25	203,—	207	214,50	213,50	M. per Tonne
Mais Chicago	64	$66^1/_2$	$68^1/_2$	$69^3/_8$	$70^3/_4$	cts. per bushel
Mais Berlin	139,50	147,50	147,—	151,—	150,—	M. per Tonne
Roggen Berlin	163,25	172,75	173,—	177,50	175,75	M. per Tonne
Hafer Berlin	158,25	163,50	164,50	166,25	168,75	M. per Tonne
Mehl Berlin	20,45	22,—	21,90	22,20	22,20	M. per dz
Rüböl Berlin	64,80	64,50	—	—	—	M. per dz
Eisen Glasgow	51/3	$51/2^1/_2$	51/6	51/1	51/2	sh/d per ton
Silber London	$27^3/_{16}$	$27^1/_{16}$	$26^{15}/_{16}$	$26^7/_{16}$	$26^3/_{16}$	d per Unze
Kupfer London (Standard)	$64^1/_8$	$62^7/_8$	63	$63^1/_8$	$63^1/_4$	£ per ton
Zinn London	157	$151^3/_4$	$154^1/_2$	$150^1/_8$	$145^1/_4$	£ per ton
Zink London	$21^1/_2$	$21^3/_8$	$21^3/_8$	$21^3/_8$	$21^1/_2$	£ per ton
Blei London	$18^1/_2$	$18^7/_{16}$	$18^7/_{16}$	$18^{13}/_{16}$	19	£ per ton
Baumwolle New York	13,—	13,—	13,40	13,60	14,50	cts. per amerik. Pfd.
Baumwolle Liverpool	6,85	6,94	7,08	7,20	7,39	cts. per engl. Pfd.
Baumwolle Bremen	64,25	64,50	66,25	67,75	68,75	Pf. per $^1/_2$ kg
Wolle Antwerpen	$6,57^1/_2$	6,55	$6,62^1/_2$	6,65	$6,57^1/_2$	Fr. per kg
Zucker Hamburg	9,35	9,30	9,45	$9,77^1/_2$	$9,62^1/_2$	M. per 50 kg
Kaffee Hamburg	46,25	46,75	47,25	47,25	49,25	Pf. per $^1/_2$ kg
Petroleum New York (Standard white)	8,75	8,75	8,75	8,60	8,50	cts. per Gallone
Salpeter Hamburg	9,50	9,65	$9,52^1/_2$	9,50	9,70	M. per 50 kg
Schmalz Chicago	9,85	$9,92^1/_2$	$10,07^1/_2$	9,95	$9,62^1/_2$	Doll. per 100 Pfd.

Die Rate für Reportgeld hielt sich bis zuletzt recht niedrig und auch der Privatdiskont erfuhr keine weitere Steigerung. Ebensowenig haben am Devisenmarkt besondere Verschiebungen stattgefunden; London ist im Zusammenhang mit den Goldeingängen bei der Bank von England etwas gewichen und auch Paris hat den höchsten Stand nicht ganz behauptet, die Veränderungen sind aber im Ganzen recht gering. Ein grösserer Rückgang ergab sich wiederum nur für die russische Valuta, deren vorwöchentliche Besserung mithin wenig Bestand hatte; der Kurs, der bis an 215 gestiegen war, sank auf zirka 214.20 zurück. Es sind anscheinend von Petersburg aus zum Ende Mai neuen Stils wieder grössere Pensionsdarlehen oder anderes geartete Vorschüsse zurückzuzahlen, deren Prolongation den Geldgebern in der jetzigen Aera des Misstrauens nicht dient. Hiermit ist ein plötzlicher aktueller Devisenbedarf geschaffen, demgegenüber die langsam zunehmenden Getreideverschiffungen nicht genügend Material bringen. Dass man in Petersburg diese Erscheinung als vorübergehend ansieht, geht daraus hervor, dass Devisen, deren Lieferung nur wenige Wochen später zu erfolgen hat, zu nicht unbeträchtlich billigerem Preise zu haben sind und dass auf entferntere Monate ganz bedeutende Abschläge in den Notierungen bestehen.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

Dr. S. in Posen. Nachträglich wird mir mitgeteilt, dass dieser Tage von Professor Dr. R. Eberstadt ein Buch unter dem Titel: Städtebau und Wohnungswesen in Holland, Jena 1914, erschienen ist, in dem auf Seite 319 bis 345 Angaben über Hypotheken und Hypothekenbanken in den Niederlanden enthalten sind.

J. G., Berlin. Anfrage: „1. Von einer Genossenschaft war ein Wechsel als Postauftrag weggegangen und war derselbe von zweien der drei zeichnungberechtigten Vorstandsmitglieder unterzeichnet; der Abschnitt war versehentlich mit 10 Pfg. zu wenig verstempelt worden, die Post gab daher bei der Protestaufnahme die Sache der Staatsanwaltschaft an, die nun — ausser sämtlichen sonstigen Wechselverpflichteten — die drei Vorstandsmitglieder mit einer Geldstrafe von je 3,90 *M* belegte. Ist das dritte Vorstandsmitglied, das den Wechsel überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hatte, zur Zahlung dieser Strafe verpflichtet? 2. Des weiteren wäre ich Ihnen für Aufgabe von Literatur, betr. das Hypothekenwesen und Konkurssachen, dankbar.

Antwort: 1. Sämtliche Vorstandsmitglieder haften für die Genossenschaft. Sie sind infolgedessen auch gleichmässig heranzuziehen, wenn es sich um die Zahlung einer Busse wegen eines Verstosses gegen eine Gesetzesbestimmung — in diesem Falle das Wechselstempelgesetz — handelt. Ob das betreffende Vorstandsmitglied nun zufällig in dem speziellen Fall den Wechsel nicht zu Gesicht bekommen hat, ist absolut irrelevant und befreit ihn nicht von der Zahlungverpflichtung. 2. Claus, Leitfaden für den Hypothekengläubiger (4 *M*), Schmidt, Ratgeber für den gesamten Grundstücksverkehr (4 *M*), Schneider, Das Grundeigentum-ABC (1,80 *M*), Hallbauer, Das deutsche Hypothekenrecht (4 *M*) und, wenn Sie die ganze Materie eingehender vom juristischen Standpunkt aus studieren wollen: Nussbaum, Deutsches Hypothekenwesen (10,50 *M*). Dann: Heilfron-Piek, Lehrbuch des Konkursrechtes (3,60 *M*).

Sch. in Friedenau. Anfrage: Schulz verkaufte ein unbebautes Grundstück, das mit 5000 *M* zur ersten Stelle belastet ist, für 10 000 *M* an den Bauunternehmer A. Dieser übernahm die erste Hypothek von 5000 *M*. Eine Barzahlung erfolgte nicht; das Restkaufgeld von 5000 *M* wurde an dritter Stelle hinter 15 000 *M* Baugeldern eingetragen. Die Gläubigerin der ersten Hypothek von 5000 *M* ist die Kreditbank in A. Der Verkäufer des Grundstückes, Schulz, haftet der Kreditbank noch für den Ausfall der ersten Hypothek. Wie muss jetzt die Kreditbank in A im Falle der Zwangsversteigerung als Antragstellerin bieten, wenn sie den Schulz nötigenfalls wegen der Haftung in Anspruch nehmen will? Muss sie die erste Hypothek von 5000 *M* und die Kosten ausbieten oder kann sie nur die Kosten ausbieten, das Grundstück, wenn niemand nachbietet, hierfür erwerben und den Schulz trotzdem für die ausfallende Summe bis zu 5000 *M* in Anspruch nehmen? Wie muss Schulz sich in letzterem Falle verhalten, wenn er vor Schaden bewahrt bleiben will?

Antwort: Die Kreditbank braucht nur die Kosten auszubieten und kann dann auf alle Fälle den A für den Ausfall in Anspruch nehmen. Ob sie Schulz ebenfalls in Anspruch nehmen kann, hängt von dem Vertragsverhältnis ab, der zwischen ihr und Schulz besteht. Begründet sich die Verbindlichkeit des Schulz damit, dass die Bank ihn nicht aus der Haftung der Hypothek entlassen hat, dann haftet er der Bank unbedingt. Er muss eben die Hypothek der Bank ausbieten und das Grundstück für den Betrag der Kosten und der ersten Hypothek erwerben.

Plutus-Archiv.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 615.

Anrechnung anderweitigen Verdienstes bei Entlassung. Der Kläger hatte gegen den Beklagten für eine Zeit während deren er für ihn nicht mehr tätig war, Gehalt zu fordern. Er gibt an, er habe in dieser Zeit nur 20,80 *M* verdient. Der Beklagte schiebt ihm den Eid darüber zu, dass er nicht mehr verdient habe. Das Gericht beschliesst, dass der Kläger folgenden Eid leisten müsse: er habe in jener Zeit weder aus kaufmännischer, noch aus sonstiger Erwerbstätigkeit einen grösseren Erwerb als 20,80 *M* gehabt (Beschluss der V. Kammer vom 26. Mai 1914.) — Danach muss sich der zu Unrecht entlassene Handlunggehilfe nicht nur das anrechnen lassen, was er in einer Stellung, die seiner bisherigen kaufmännischen gleich war, verdient hat, sondern alles, was er durch irgendwelche Erwerbstätigkeit erworben hat.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch in gemeinverständlicher Darstellung. Unter Mitwirkung von Hermann Gunkel und Otto Scheel. Herausgegeben von Friedrich Michael Schiele und Leopold Zscharnack. (Schluss.) Lieferung 103—120. Subskriptionspreis pro Lieferung 1,— *M.* Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1913.

Schubert. — Schulaufsicht. — Schuld. — Schulhygiene. — Schulrecht. — Schulschwestern. — Schulzwang. — Schwarzburg-Rudolstadt und -Sondershausen - Schwebel. — Schweden. — Schweiz. — Seelsorge. — Sekten. — Selbstmörder. — Selbstmord. — Selbstverwaltung. — Semiten. — Sybillen. — Simson. — Sinai. — Sitte und Sittlichkeit. — Sittlichkeitbestrebungen. — Sokrates. — Somaliland. — Sozialdemokratie und Religion. — Sozialismus. — Spanien. — Spanische und niederländische religiöse Kunst des 17. Jahrhunderts. — Spiritismus. — Staat. — Staatsaufwendungen für kirchliche Zwecke. — Staatsbetriebe. — Staatskirche. — Staatsministerium. — Stahl, Friedrich, Julius. — Stiftshütte. — Straf- und Disziplinargerichtbarkeit. — Strassburg. — Strindberg, August. — Studentenverbindungen. — Stufenfolge der Religionen. — Sünde. — Sündenvergebung. — Suggestion und Hypnotismus. — Superintendent. — Supernaturalismus. — Swebilius. — Syllabus. — Symbole und Synagoge. — Synkretismus. — Syrien. — Tanz. — Taoismus. — Taubstummenerziehung. — Taufe. — Teleologie. — Tertiarier und Tertiarierinnen. — Tetzel. — Theatiner. — Theismus. — Theodizee. — Theophilantropen. — Theosophie. — Tod. — Toleranz. — Totenverehrung und Trauergebräuche. — Trauung. — Trier. — Tübingen. — Türkei. — Typen der Religion. — Tyrannenmord. — Ultramontismus. — Unierte Kirchen des Orients. — Unio mystica. — Union. — Unionsbestrebungen. — Universalienstreit des Mittelalters. — Universalismus und Partikularismus im A. T. — Universitäten. — Urgemeinde. — Vedische und brahmanische Religion. — Vereinigte Staaten von Nordamerika. — Volksaberglaube der Gegenwart. — Volksbildungsbestrebungen. — Volksreligion Israels. — Volksschriftsteller. — Volksschule. — Wagner, Richard. — Wahlrecht. — Waldenser. — Weihnachten. — Weihnachtsspiele. — Weissagung und Erfüllung. — Weiterentwicklung der christlichen Religion. — Welt und Weltanschauung. — Wert und Preis. — Werturteile. — Wesen der Religion. — Westfalen. — Wichern. — Wiedergeburt. — Wiedertäufer. — Fürsterzbistum. — Wilhelm. — Wirtschaftsgeschichte. — Wittenberg. — Wohlfahrtpflege. — Wunder. — Zentralamerika. — Zentrum. — v. Zinzendorf. — Zölibat. — Zwingli.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Begründet von Bruno Hildebrand. Herausgegeben von Dr. J. Conrad. In Verbindung mit Dr. Edg. Loening, Dr. W. Lexis, Dr. H. Waentig. 102. Band. III. Folge. 47. Band. Preis des einzelnen Heftes 5,— *M.* Verlag von Gustav Fischer.

Drittes Heft. März 1914. Nebst volkswirtschaftlicher Chronik. Jahresübersicht 1913 und Januar 1914.

Bemerkungen zu dem Problem Lorenz Stein - Karl Marx. Von Bela Földes. — Die Struktur des Ausgabenbudgets verschiedener Bevölkerungsschichten auf Grund neuerer haushaltungsstatistischer Erhebungen. Von Gerhard Albrecht. — Berufliche Einflüsse auf die Fruchtbarkeit der fortpflanzungsfähigen Bevölkerung. — Von Margarete von Gottberg. — Wohlfahrtseinrichtungen in Industriebetrieben Englands. Von Kaete Winkelmann. — Der Ehebruch als Scheidungsgrund in der neueren Ehescheidungsstatistik.

Viertes Heft. April 1914. Nebst volkswirtschaftlicher Chronik Februar 1914.

Die Reichsbesitzsteuer. Von G. Strutz. — Ueber die wirtschaftliche Verwertbarkeit des Erbbaurechts in seiner heutigen Gestaltung. Von Max Salomon. — Die Produktivgenossenschaft der Hohlperlenerzeuger im politischen Gebiet Gablonz. Ein Epilog. Von Gustav Aubin. — 800 Jahre europäischer Steinkohlenbergbau. Von W. Husmann. — Die Zunahme der Bevölkerung in den hauptsächlichsten Kulturstaaten während des 19. Jahrhunderts. Von Johannes Müller.

Wirtschaftsstatistische Monatsberichte. Herausgeber Richard Calwer. Geschäftsstelle Berlin W 50. Bezugspreis 15,— *M* pränumerando für das Quartal. Jahrgang 8.

Januar und Februar 1914. Heft 1 und 2: Zusammenfassender Ueberblick. — Produktion. — Arbeitmarkt. — Bergbau und Hütten. — Metalle und Maschinen. — Landwirtschaft. — Nahrung- und Genussmittel. — Textilgewerbe, Bekleidung. — Baugewerbe, Steine und Erden. — Uebrige Gewerbe. — Geldmarkt. — Auswärtiger Handel, Verkehr. — Konsum, Preise. — Nachträge, Berichtigungen.

Karte von Europa. Preis 1,25 *M*, 1,50 K. Ullstein & Co., Berlin-Wien.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Alle 14 Tage ein Heft. Preis 50 Pfennig. Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin.

1914, 5. Heft: Die neuen Methoden der Arbeitlosenversicherung. Von Paul Umbreit. — Die Realitäten des Budgetrechts. Von Eduard Bernstein. — Einwände und Zugeständnisse. Von Dr. Arthur Schulz. — Willensfreiheit und Politik. Von Adolf Thiele. — Die Wanderer. Von Edmund Fischer.

1914, 6. Heft: Der Grundeinteilunggesetzentwurf und die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preussen. Von Dr. Arthur Schulz. — Russische und deutsche Handelspolitik. Von Max Schippel. — Fragen des inneren Gewerkschaftlebens. Von Rudolf Wisell. — Städtische Hypothekeninstitute. Von Dr. Hugo Lindemann. — Kapitalismus und Sittlichkeit. Von Paul Kampffmeyer. — Grundfragen eines einheitlichen Arbeitrechts. Von Ludwig Radlof.

1914, 7. Heft: Krise in England. Von Eduard Bernstein. — Macht und Glaube. Von Dr. Hans Müller. — Zur Frage der Zwangsarbeitlosenversicherung in Deutschland. Von Paul Umbreit. — Lücken der deutschen Milch- und Fettversorgung. Von Hermann Kranold.

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. Herausgegeben von Gustav Schmoller. Jahrgang 38. Erstes Heft. München und Leipzig 1914, Verlag von Duncker & Humblot.

Die soziale Bewegung in England im Lichte der marxistischen Klassenkampfidee. Von Gustav Schmoller. — Hochschulbildung für Unternehmer. Von Karl Thiess. — Prinzipielles zur Erforchsung der Teuerung. Von W. Eggenschwyler. — Das Stille Meer. Von Paul Dehn. — Ueber den Rückgang der Geburtenziffern im Kreise Oberbarnim. Von Karl Otto von Kameke. — Die Hirschberger Spitzen-Hausindustrie. Von Wilhelm Bührig. — Die Neutralität der Schultze-Delitzschen Genossenschaften im Nationalitätenkampfe der Ostmark. Von Friedland Krause. — Zum Stande der niederländischen Arbeiterbewegung. Von Charlotte A. van Manen. — Wilhelm v. Humboldt und die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes. Von Hermann Mauer. — Die Diamanten Südwestafrikas. Von Otto Jöhlinger. — Die Eisenbahn-

politik Frankreichs in Nordafrika. Von Bernhard Rathgen. — Lohngestaltung auf dem Lande im Zusammenhange mit agrarischen Entwicklungen. Von Anna Neumann.

Handbuch der Kunstwissenschaft. Herausgegeben von Dr. Fritz Burger, Privatdozent an der Universität, Lehrer an der Akademie der bild. Künste in München. Lieferung 13: L. Curtius, Die antike Kunst. Lieferung 14: Burger, Deutsche Malerei. Einzelpreis 2,— *M.* pro Lieferung, Subskriptionspreis 1,50 *M.* Berlin-Neubabelsberg, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H.

Berliner Monatskurse. XI. Jahrgang. Tabellarische Zusammenstellung sämtlicher Notierungen der Berliner Fondsbörse. Nach amtlichen Feststellungen im März 1914 mit höchsten und niedrigsten Kursen, Aktienkapital, Obligationenkapital, Reserven, Zinsterminen, Emissionshaus und Dividenden der letzten 10 Jahre. — Nach amtlichen Feststellungen im April 1914 mit höchsten und niedrigsten Kursen, Aktienkapital, Obligationenkapital, Reserven, Zinsterminen, Emissionshaus und Dividenden der letzten 10 Jahre. Herausgegeben vom Verlag der Berliner Monatskurse G. m. b. H., Berlin W. 35. Abonnement pro Quartal 3,50 *M.*

Balkan-Revue. Monatsschrift für die wirtschaftlichen Interessen der südeuropäischen Länder. Herausgegeben von Dr. Paul Schwarz, Berlin. Preis des Jahresabonnements 24,— *M.* 1. Jahrgang. April 1914, Heft 1.

Die deutschen Auslandsbanken am Balkan. Von Joseph Mendel, Berlin. — Die wirtschaftliche Lage Bulgariens nach den Kriegen. Von Dr. P. Lessinoff, Sofia. — Griechenland und die Türkei im Spiegel der Auslandsgläubiger. — Industrie und Aussenhandel. — Politisch-wirtschaftliche Vorgänge. — Finanzielle Chronik.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Begründet von Julius Wolf. Fortgeführt von Dr. Ludwig Pohle, Professor der Staatswissenschaften an der Frankfurter Akademie. Neue Folge. V. Jahrgang, Heft 4. Einzelheft 2,— *M.* Leipzig 1914. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung (Werner Scholl).

Zur Dogmatik und Reform des Koalitionsrechts. I. Von P. Oertmann. — Kapitalistischer Geist und Klassenbewusstsein. Von O. Pringsheim. — Nutzen und Kosten als Ausgangspunkte des menschlichen Wirtschaftens. II. (Schluss.) Von O. Heyn. — Volksvermehrung in Indien. Von H. Fehlinger.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

A.-G. Dampfziegelei Waiblingen, Stuttgart, 20.6., 13.6., 26.5. • A.-G. Deutsche Cognacbrennerei vorm. Gruner & Co., Dresden, 19.6., 15.6., 18.5. • A.-G. Erzgebirgischer Kraftomnibusverkehr, Geyer, 10.6., —, 23.5. • A.-G. Portland-Cementwerk Weimar, 17.6., 15.6., 29.5. • A.-G. Vereinigte Norddeutsche Kaliwerke, Bernburg a. S., 19.6., 16.6., 28.5. • A.-G. Zoologischer Garten, Elberfeld, 12.6., —, 26.5. • A.-G. für Korbwaren- und Kinderwagen-Industrie, Meiningen, 15.6., 12.6., 6.5. • Actien-Zuckerfabrik Watenstedt, Watenstedt, 9.6., —, 23.5. • Actien-Zuckerfabrik Weetzen, Weetzen, 11.6., —, 26.5. • Ahstedt-Schellerter Zuckerfabrik, Schellerte, 10.6., —, 26.5. • Altona-Kaltenkirchener Eisenbahn-Gesellschaft, Altona, 20.6., 16.6., 26.5.

Bad Orber Kleinbahn, Gelnhausen, 15.6., —, 22.5. • Badische Holzwerkzeugfabrik A.-G. vorm. Otto Mainzer & Cie., Frankfurt a. M., 20.6., 16.6., 26.5. • Baumwollindustrie A.-G. vorm. Strauch & Wachendorff i. Liqu., M.-Gladbach, 12.6., 8.6., 26.5. • Bayerische Ueberlandzentrale A.-G., Regensburg, 19.6., 16.6., 26.5. • Hans Biehn & Co. A.-G., Dahlem b. Berlin, 18.6., 15.6., 29.5. • Blankenburger Bank A.-G. i. Liqu., Blankenburg a. H., 19.6., —, 26.5. • Bonner Preussenkneipe, Berlin, 15.6., —, 25.5.

H. Cegielski A.-G., Posen, 10.6., —, 23.5. • Cellulose-Fabrik Düsseldorf, 20.6., 16.6., 25.5. • Chamotte- und Thonwerke A.-G., Rheydt, 20.6., 17.6., 29.5.

Deutsch-Südamerikanische Telegraphen-Gesellschaft A.-G., Berlin, 15.6., 8.6., 20.5. • Deutsche Ecuador-Cacao-Plantagen- und Export-Gesellschaft, A.-G., Hamburg, 17.6., 16.6., 29.5. • Deutsche Lianosoff-Mineralöl-Import-A.-G., Hamburg, 18.6., —, 9.5. • Deutsche Steinwerke C. Vetter A.-G., Würzburg, 19.6., 16.6., 2.5. • Dresdner Kunstdruckerei A.-G. i. Liqu., Dresden, 19.6., 14.6., 15.5. • Düsseldorfer Verlagsanstalt A.-G., Düsseldorf, 18.6., —, 14.5.

Electricitätswerk Homburg v. d. H. A.-G., Frankfurt a. M., 16.6., 12.6., 16.5. • Elsass-Lothringische Sprengstoff-A.-G., Strassburg i. Els., 15.6., —, 26.5. • Elsflether Holz-Comptoir, Elsfleth, 15.6., —, 26.5.

Fabrik nietloser Gitterträger A.-G., Düsseldorf, 15.6., 11.6., 22.5. • Alb. Fesca & Co., Maschinenfabrik und Eisengiesserei A.-G., Berlin, 16.6., 13.6., 26.5. • Finkenberg A.-G. für Portland-Cement- u. Wasserkalk-Fabrikation, Ennigerloh b. Beckum, 16.6., 12.6., 16.5. • Frankfurter Lokalbahn A.-G., Frankfurt a. M., 16.6., 12.6., 16.5. • Freigerichter Kleinbahn, Gelnhausen, 15.6., —, 28.5.

Gaswerk Elsterwerda A.-G., Elsterwerda, 16.6., 12.6., 28.5. • Gaswerk Neuffen A.-G., Bremen, 17.6., 13.6., 28.5. • Gas- und Electricitätswerke Zörbig A.-G., Zörbig, 15.6., 12.6., 25.5. • Gesellschaft Urania, Berlin, 17.6., —, 25.5. • Dr. med. Gmelin Nordsee-Sanatorium A.-G., Südstrand-Föhr, 20.6., —, 16.5. • August Gottlieb, Mechanische Seilerwarenfabrik A.-G., Hersfeld, 15.6., 14.6., 26.5. • Gräflich Henckel von Donnersmarck'sche Papierfabrik Frautschach, A.-G., Berlin, 19.6., 16.6., 26.5.

A. Hagedorn & Comp., Celluloid- und Korkwarenfabrik A.-G., Osnabrück, 12.6., 9.6., 25.5. • Hanauer Kunstseidefabrik A.-G., Hanau a. M., 20.6., —, 29.5. • Hannoversche Terraingesellschaft A.-G., Hannover, 19.6., 16.6., 26.5. • Hofbrauhaus Actienbierbrauerei und Malzfabrik, Dresden, 16.6., —, 29.5. • Hohenlimburger Kleinbahn-Ges., Hohenlimburg, 13.6., —, 23.5.

Internationale Stickstoff-A.-G., Wiesbaden, 20.6., 17.6., 25.5.

Jalnit-Gesellschaft, Hamburg, 16.6., 10.6., 20.5.

Kleinbahn-A.-G. Virchow—Dtsch.-Kroner Kreisgrenze, Dramburg, 20.6., 17.6., 18.5. • C. H. Knorr A.-G., Heilbronn a. N., 17.6., 14.6., 26.5. • Ands. Koch A.-G., Trossingen, 20.6., 16.6., 22.5. • Königsberger Terrain-A.-G., Königsberg i. Pr., 18.6., —, 7.5. • Emil Köster, Lederfabrik, A.-G., Neumünster, 20.6., 16.6., 26.5.

Mannheimer Saalbau A.-G. i. L., Mannheim, 18.6., —, 29.5. • Märkischer Bank-Verein A.-G. i. Liqu., Gevelsberg, 20.6., 16.6., 26.5. • Mech. Zwirnerei Heilbronn vorm. C. Ackermann & Cie., Sontheim, 16.6., —, 25.5. • Mülhauser Immobilien- und Baumaterialien-Ges., Mülhausen i. Els., 17.6., 14.6., 23.5. • München-Pasinger Terrain-Gesellschaft A.-G., München, 15.6., 10.6., 20.5.

Norddeutsche Bau-A.-G. vorm. E. & C. Koerner, Berlin, 18.6., 15.6., 28.5.

Oeffentl. Badeanstalt Oldenburg, 19.6., 18.6., 23.5. • Orenstein & Koppel — Arthur Koppel A.-G., Berlin, 15.6., 11.6., 23.5. • Ostafrikanische Ceara-Kompagnie A.-G., Berlin, 20.6., 17.6., 28.5.

Paderborner Bank i. Liqu., Paderborn, 17. 6., 13. 6., 20. 5. • Portland-Cementwerk Schwanebeck A.-G., Berlin, 15. 6., 12. 6., 26. 5. • Pyrophor-Metall-Gesellschaft A.-G., Essen (Ruhr), 18. 6., 15. 6., 16. 5.

Securitas Feuer-Versicherungs-A.-G., Berlin, 19. 6., 17. 6., 27. 5. • Söhrebahn A.-G., Wellerode-Wald, 11. 6., —, 23. 5. • Spar- und Leihkasse Watzenborn-Steinberg A.-G., Watzenborn, 15. 6., —, 25. 5. • Süddeutsche Rückversicherungs-A.-G., München, 16. 6., 11. 6., 28. 5.

Schenck und Liebe Harkort A.-G., Düsseldorf, 15. 6., 9. 6., 20. 5. • Schraplauer Kalkwerke A.-G., Schraplau (Mansf. Seekr.), Halle a. S., 19. 6., 16. 6., 26. 5.

Theaterbau-A.-G., Stuttgart, 18. 6., 14. 6., 7. 5. • Ton- und Steinzeugwerke W. Richter & Cie. A.-G., Bitterfeld, 16. 6., 12. 6., 23. 5. • Transatlant. Feuerversicherungs-A.-G. i. Liqu., Hamburg, 12. 6., 11. 6., 26. 5.

Unitas A.-G., Aachen, 20. 6., —, 22. 5.

Vereinigte Kunstmühlen Landshut A.-G., München, 18. 6., 14. 6., 16. 5.

Waggonfabrik Jos. Rathgeber A.-G., München, 20. 6., 15. 6., 26. 5. • Westdeutsche Terrain- und Baubank A.-G., Essen (Ruhr), 15. 6., 11. 6., 18. 5. • Westfälische Bauindustrie A.-G., Haspe, 20. 6., 16. 6., 28. 5. • Westfälische Bau-Industrie A.-G., Haspe, 20. 6., 16. 6., 28. 5. • Würzburger Strassenbahnen A.-G., Würzburg, 12. 6., 8. 6., 25. 5.

Zuckerfabrik zu Prosigk, Prosigk, 10. 6., —, 23. 5. • Zuckerfabrik Strasburg (U.-M.), Strasburg (U.-M.), 18. 6., —, 25. 5.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 2. Juni 1914, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4175	4400
Alte Haase	1275	—
Blankenburg	1625	1700
Brassert	9700	10000
Caroline	—	—
Carolus Magnus	5800	—
Constantin der Gr.	—	52800
Diergardt	2750	2850
Dorstfeld	9600	10200
Ewald	41300	—
Friedrich der Grosse	—	26000
Fröhliche Morgensonne	8800	—
Gottessegen	2850	2925
Graf Bismarck	—	60000
Graf Schwerin	11600	12300
Heinrich	5350	—
Helene & Amalie	19200	19850
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4750	4900
Johann Deimelsberg	6400	6600
König Ludwig	30000	31500
Langenbrahm	15500	16500
Lothringen	28800	30500
Mont Cenis	18400	18600
Oespel	3600	3750
Rudolf	450	—
Schürb. & Charlottbg.	2150	2250
Trappe	1850	2000
Trier (3000 Kuxe)	6675	6725
Unser Fritz	16400	17000
Westfalen (10 000 Kuxe)	1575	1625
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	2025	2075
Bruckdorf-Nietleben	1375	1525
Germania	—	1000
Gute Hoffnung	4400	4600
Humboldt	1325	1400
Leonhard	—	7000
Lucherberg	2100	2200
Michel	7800	8050
Neurath	1025	1125
Prinzessin Victoria	1350	1500
Schallmauer, Braunk.	4100	4200
Wilhelma	2850	3000
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	10200	10400
Aller Nordstern	1400	1500
Beienrode	3650	3725
Bergmannssegen	6850	7050
Braunschweig-Lüneburg	2600	2800
Burbach	9350	9650
Buttlar	—	800
Carlsfund	5050	—
Carlsglück	1250	1325
Carlshall	2100	2200
Carnallshall	3000	3200
Deutschland, Justenbg.	—	—
Einigkeit	4500	4650
Fallersleben	1725	1800
Felsenfest	3200	3300
Gebra	—	—
Glückauf, Sondershausen	18500	19200
Günthershall	4475	4600
Hansa Silberberg	5600	5725
Hedwig	1550	1625
Heiligenmühle	1150	1225
Heiligenroda	11100	11250
Heimboldshausen	2300	2350
Heldrungen I	850	925
Heldrungen II	1050	1125
Herfa	2750	2850
Heringen	5750	5950
Hermann II	1275	1350
Hohenfels	5250	5450
Hohenzollern	7125	7325
Hugo	9300	9500
Hüpstedt	2725	2800
Immenrode	4200	4300
Irmgard	800	875
Johannashall	—	3600
Kaiseroda	7100	7150
Mariaglück	1600	1675
Marie	3500	3600
Marie-Louise	3450	3600
Max	4100	4200
Meimerhausen	1025	1100
Neurode	2750	2850
Neusollstedt	3275	3350
Neustassfurt	13550	13700
Oberröblingen	150	190
Prinz Eugen	5700	5850
Ransbach	—	—
Reichenhall	1550	1625
Rothenberg	2200	2300
Sachsen-Weimar	7375	7550
Salzmünde	5600	5700
Siegfried I	5475	5600
Siegfried-Giesen	3700	3900
Theodor	5700	5850
Thüringen	2950	3100
Volkenroda	7100	7300
Walbeck	3600	3800
Walter	1425	1475
Weyhausen	—	—
Wilhelmine	1350	1425
Wilhelmshall	8850	9050
Wintershall	19700	20300
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	$42^1/_2$	$43^1/_2$
Bismarckshall	105%	107%
Hallesche Kaliwerke	86%	$87^1/_2$
Hattorf	109%	111%
Heldburg	37%	38%
Justus Act.	$91^1/_2$	$93^1/_2$
Krügershall	105%	107%
Ronnenberg Act.	85%	87%
Salzdethfurt	305%	310%
Steinförde	29%	31%
Teutonia	58%	60%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	550	600
Eiserner Union	750	800
Fernie	2625	2725
Flick	80	100
Freier Grunder Bgw.-V.	—	700
Ver. Henriette	1075	1125
Louise Brauneisenst.	1750	1800
Neue Hoffnung	5	15
Wilhelmine	1275	1350

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil: M. Hausehner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.